

# Geschäftsbericht 2012

BHE Finanz AG

## ■ Inhalt

2	Bericht des Aufsichtsrats
5	Konzernlagebericht
18	IFRS-Konzernbilanz
19	IFRS-Konzerngesamtergebnisrechnung
20	IFRS-Konzernkapitalflussrechnung
21	IFRS-Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung
22	IFRS-Konzernanhang
47	Bestätigungsvermerk des Konzernabschlussprüfers
48	Impressum

## ■ Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

im Jahr 2012 hat die BHE Finanz AG viele Maßnahmen zur strategischen Neuausrichtung der Gesellschaft getroffen. Leider haben sich bei der Umsetzung dieser Schritte unerwartete Schwierigkeiten ergeben. Die ELAN Assekuranz-Service GmbH, welche durch die BHE Finanz AG mittels Ausgabe neuer Aktien erworben wurde, hat die auf der Hauptversammlung kommunizierten Ertragsziele nicht erreichen können. So kam es zu Verzögerungen im Aufbau der komplexen IT-Infrastruktur und es entstanden Probleme bei der Anbindung von Maklerunternehmen an die ELAN Assekuranz-Service GmbH.

### **ARBEIT DES AUFSICHTSRATS**

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2012 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er hat den Vorstand der BHE Finanz AG bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten und seine Tätigkeiten überwacht. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat sowohl mündlich als auch schriftlich stets zeitnah über die Unternehmensplanung und -entwicklung, wesentliche Geschäftsvorfälle, das Risikomanagement sowie die Marktsituation. Ebenfalls berichtete er kontinuierlich über Abweichungen des Geschäftsverlaufs hinsichtlich der Planungs- und Zielvorgaben. Insofern gesetzliche, satzungsmäßige oder sonstige Bestimmungen eine gründliche Prüfung der Beschlussvorschläge des Vorstands vorschrieben, richtete sich der Aufsichtsrat nach diesen und gab nach eingehender Beratung sein Votum ab. Somit war der Aufsichtsrat in alle Entscheidungen und Vorgänge von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen unmittelbar eingebunden.

Im Geschäftsjahr sah der Aufsichtsrat aufgrund der Mitgliederanzahl von 3 Mitgliedern davon ab, Ausschüsse zu bilden. Er tagte regelmäßig in gemeinsamen Sitzungen, beriet dort alle wesentlichen Themen und fasste die erforderlichen Beschlüsse.

### **SITZUNGEN DES AUFSICHTSRATS**

Im Berichtsjahr hat der Aufsichtsrat 16 Sitzungen abgehalten. An diesen Sitzungen, die am 09. Februar, 15. und 29. März, 19. April, 16. (2 Sitzungen an einem Tag), 29. und 30. Mai, 01. Juni, 24. Juli, 23. (2 Sitzungen an einem Tag) und 31. August, 21. September, 01. November sowie am 13. Dezember 2012 stattfanden, waren stets alle Mitglieder des Aufsichtsrats anwesend. Zwei dieser Sitzungen (31. August und 21. September) fanden fernmündlich als Telefonkonferenz statt. Darüber hinaus stand im Rahmen der Aufsichtsratssitzung am 29. März 2012, an der auch die Wirtschaftsprüfer der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RBS RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, teilnahmen, die Bilanzfeststellung auf der Tagesordnung.

### **SCHWERPUNKTE DER BERATUNGEN IM AUFSICHTSRAT**

In 2012 konzentrierte sich die Arbeit des Aufsichtsrats mehrheitlich auf die notwendigen Schritte zur strategischen Neuausrichtung der Gesellschaft. So standen insbesondere personelle Veränderungen, die Einbringung der ELAN Assekuranz-Service GmbH in die BHE Finanz AG sowie die Gründung der Tochterunternehmen BHE Finanzverwaltungsgesellschaft mbH und BHE Finanz Holding GmbH & Co. KG auf der Tagesordnung. Desweiteren wurde auch der Grundbesitz der Gesellschaft veräußert und eine Sitzverlegung der Gesellschaft beschlossen. Im Rahmen dieser Maßnahmen informierte der Vorstand den Aufsichtsrat auf jeder Sitzung über den Geschäftsverlauf und die Ertrags- und Finanzlage der BHE Finanz AG und ihrer Tochtergesellschaften. In der Aprilsitzung wurde zudem die Tagesordnung für die Hauptversammlung am 31. Mai 2012 erörtert und beschlossen.

### **ERTEILUNG DES PRÜFUNGS-AUFTRAGS AN DIE RBS ROEVERBROENNER-SUSAT GMBH & Co. KG WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS-GESELLSCHAFT STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT, HAMBURG**

Auf der ordentlichen Hauptversammlung am 31. Mai 2012 folgten die Aktionäre dem Vorschlag des Aufsichtsrats und wählten die RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012. Daraufhin erteilte der Aufsichtsrat in der anschließenden Sitzung den entsprechenden Prüfungsauftrag unter Beachtung der Regelungen des Corporate

Governance Kodex hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Abschlussprüfer und Aufsichtsrat an den Abschlussprüfer, welcher auch die Betrachtung des Risikofrüherkennungssystems beinhaltete.

### **JAHRESABSCHLUSSPRÜFUNG**

Die RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss der BHE Finanz AG sowie den Lagebericht und den Konzernlagebericht über das Geschäftsjahr 2012 einschließlich der ihnen zugrunde liegenden Buchführung für das Geschäftsjahr 2012 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden die erforderlichen Unterlagen und die Prüfungsberichte rechtzeitig gem. § 170 AktG vor der bilanzfeststellenden Sitzung zur Verfügung gestellt. Der Aufsichtsrat konnte demnach die Abschlussunterlagen frühzeitig einsehen und einer eigenen Prüfung unterziehen.

In der Bilanzaufsichtsratssitzung am 26. April 2013 wurde die Abschlussprüfung in Gegenwart des Wirtschaftsprüfers RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG umfassend erörtert. Der Abschlussprüfer berichtete ausführlich über den Prüfungsverlauf und die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Der Aufsichtsrat hat das Prüfungsergebnis der Abschlussprüfer zustimmend zur Kenntnis genommen und dem Prüfbericht, dem Jahres- und Konzernabschluss sowie dem Lagebericht und Konzernlagebericht mit Aufsichtsratsbeschluss nach eigener umfassender Prüfung zugestimmt. Damit sind Jahresabschluss und Konzernabschluss 2012 gebilligt, und gemäß § 172 AktG festgestellt.

Zum Risikofrüherkennungssystem erklärt der Abschlussprüfer, dass der Vorstand die nach § 91 Abs. 2 AktG geforderten Maßnahmen, insbesondere zur Errichtung eines Überwachungssystems, in geeigneter Weise getroffen hat und dass dieses geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Der Vorstand hat gemäß § 312 AktG den Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt und im Lagebericht die gesetzlich vorgeschriebene Schlussklärung wiedergegeben. Der Abschlussprüfer, die RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, hat den Bericht geprüft und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistungen der Gesellschaft nicht unangemessen hoch waren.“

Der Aufsichtsrat erklärt, dass nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen zu erheben sind.

### **VERÄNDERUNGEN IM AUFSICHTSRAT**

Zum 03. April 2012 legten der Vorsitzende des Aufsichtsrats Roland Flach, der stellvertretende Vorsitzende Christoph Kroschke und das Aufsichtsratsmitglied Christopher Kroschke ihre Mandate als Mitglieder des Aufsichtsrats nieder.

Das Amtsgericht Lübeck bestellte daraufhin mit Wirkung zum 19. April 2012 Herrn Emmerich G. Kretzenbacher, Hamburg, Herrn Helmut Strixner, Fürstenfeldbruck, sowie Herrn Frank Haguigui-Nazari, Hamburg, zu Mitgliedern des Aufsichtsrates. Der neu bestellte Aufsichtsrat konstituierte sich anschließend auf seiner Sitzung am 19. April 2012 wie folgt: Herr Emmerich G. Kretzenbacher wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt und Herr Helmut Strixner zu seinem Stellvertreter. Die vom Amtsgericht Lübeck bestellten Aufsichtsratsmitglieder wurden durch Beschluss der Hauptversammlung vom 31. Mai 2012 für den Zeitraum von vier Jahren als Mitglieder des Aufsichtsrats gewählt.

Am 17. Dezember 2012 teilte der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Helmut Strixner, dem Aufsichtsrat mit, sein Amt aus gesundheitlichen Gründen zum 31. Dezember 2012 niederzulegen. Per Beschluss des Amtsgerichts Hamburg vom 28. Februar 2013 wurde Herr Dr. Arne Kruse mit sofortiger Wirkung zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt. Damit ist der Aufsichtsrat wieder vollzählig und beschlussfähig.

**CORPORATE GOVERNANCE KODEX UND ENTSPRECHENSERKLÄRUNG**

Der Aufsichtsrat hat gemeinsam mit dem Vorstand am 13. Dezember 2012 unter Berücksichtigung der aktuellen Fassung vom 15. Mai 2012 des Deutschen Corporate Governance Kodex die Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG abgegeben. Die BHE folgt bis auf wenige Ausnahmen diesen Empfehlungen.

Die Entsprechenserklärung wurde auf der Internetseite der Gesellschaft unter [www.bhe-ag.de](http://www.bhe-ag.de) dauerhaft zugänglich gemacht.

Hamburg, 26. April 2013

Der Aufsichtsrat

Emmerich G. Kretzenbacher  
(Vorsitzender)

## ■ Konzernlagebericht

### GESAMTWIRTSCHAFTLICHE LAGE UND BRANCHENSITUATION

Die Weltwirtschaft ist im Jahr 2012 nur noch moderat um 3,2 % nach 3,8 % im Vorjahr gewachsen. Während die fortgeschrittenen Volkswirtschaften insgesamt einen moderaten Anstieg ihrer Wirtschaftsproduktion vorweisen konnten, zeichnete sich in den Entwicklungs- und Schwellenländern eine verlangsamte Wirtschaftsdynamik ab. Die Wirtschaftsleistung in der Eurozone war dabei in 2012 mit minus 0,5 % sogar leicht rezessiv. Im Fokus der europäischen Finanzpolitik stand die Sanierung der Staatsfinanzen und der private Sektor bemühte sich um den Abbau seiner Verschuldung. Während die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und der Staatskonsum abnahmen, stabilisierte sich der private Konsum und der Export fungierte mit einem Plus von 5,0 % erneut als Stütze für die kriselnde EU-Wirtschaft. Inmitten der Europäischen Rezession lieferten vor allem Frankreich und Deutschland Wachstumsbeiträge. So erwies sich die deutsche Wirtschaft 2012 mit einem Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,9 % als widerstandsfähig. Nach deutlichen Wachstumsraten von 4,2 % in 2010 und 3,0 % in 2011 handelt es sich zwar damit einerseits um eine verlangsamte Wachstumsdynamik, aber dem Statistischen Bundesamt (Destatis) zufolge auch um Aufholprozesse nach der Weltwirtschaftskrise 2009. Wieder war es ein starker deutscher Export, der mit einem Plus von 4,1 % den wichtigsten Beitrag zum Wachstum lieferte. Angesichts der Verschuldungskrise in der EU stellt sich der Anstieg um 422.000 Beschäftigte auf dem deutschen Arbeitsmarkt, bzw. um 1,0 % zwar gegenüber den Vorjahren als ein verlangsamtes, aber dennoch beachtliches Wachstum dar.

Die deutsche Versicherungswirtschaft wies im Jahr 2012 eine stabile Geschäftsentwicklung auf. Trotz der Schuldenkrise in der EU und der Belastung durch historische Niedrigzinsen konnte ein spartenübergreifender Anstieg der Beitragseinnahmen um 1,5 % auf 180,7 Mrd. € (Vj. 178,1 Mrd. €) erreicht werden. Zurückzuführen ist dieser Umsatzanstieg hauptsächlich auf Beitragserhöhungen. So erzielten die Schaden- und Unfallversicherer mit einem Plus von 3,7 % die höchsten Beitragseinnahmen seit 1994, während die private Krankenversicherung einen Zuwachs der Beitragseinnahmen um 3,4 % auf 35,8 Mrd. € erwartet. Die deutschen Lebensversicherer erwirtschafteten ein moderates Wachstum von rund 0,6 % auf 64,3 Mrd. €. Dem starken Beitragswachstum stehen jedoch auch steigende auszuzahlende Versicherungsleistungen gegenüber. Insbesondere die Leistungen der Schaden- und Unfallversicherer sind in 2012 auf ein neues Rekordniveau geklettert: Gegenüber dem Vorjahr nahmen sie um 3,9 % auf 45,5 Mrd. € zu. Die privaten Krankenversicherungen zahlten Leistungen in Höhe von 23,9 Mrd. €. Rund 75 Mrd. € zahlten hingegen die Lebensversicherer an ihre Kunden im Bereich der Lebensversicherungen, Pensionskassen und -fonds. Seit dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise 2009 zeichnet sich in dieser Sparte eine deutliche Verschiebung zugunsten der Lebensversicherungen ab, und zwar von 59 % im Jahr 2008 auf 76 % im Berichtszeitraum. Für einen Großteil der Kunden steht die Absicherung der privaten Altersvorsorge im Vordergrund.

### GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Die BHE Finanz AG ist ein börsennotiertes Unternehmen mit Sitz in Hamburg. Bis zur strategischen Neuausrichtung der Gesellschaft auf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 bestanden die Aktivitäten der BHE Finanz AG aus der Liegenschaftsverwaltung von mehreren weitgehend un bebauten Grundstücken. Der Vorstand der Gesellschaft beabsichtigte, den gehaltenen Grundbesitz zu veräußern. Im Januar 2013 erfolgte der rechtswirksame Verkauf des Grundbesitzes. Seit der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 hatte die BHE Finanz AG ihren Schwerpunkt im Bereich Versicherungs- und Finanzdienstleistungen gelegt. Die Strategie der Gesellschaft sah vor, als Maklerbeteiligungsgesellschaft zu agieren und Unternehmen zu erwerben, die im Bereich der Vermittlung, Betreuung und Steuerung von Versicherungsverträgen oder versicherungsnahen Dienstleistungen aktiv sind (Bildung einer „Makler-Bestands-Börse“). Daneben wurden über die operativen Einheiten umfassende Serviceleistungen für bestehende Versicherungsvermittlungsunternehmen und Versicherungsmakler durch die Tochtergesellschaft ELAN Assekuranz-Service GmbH (ELAN) angeboten, die sich von der Entwicklung attraktiver Deckungskonzepte über die Entlastung der Versicherungsmakler von administrativen Tätigkeiten bis hin zur professionellen Vertriebsunterstützung der angeschlossenen Makler erstreckten. Den zweiten Geschäftsbereich der ELAN stellte das Eigengeschäft aus der Vermittlung und Betreuung von Versicherungsverträgen dar. Die ELAN wurde nach wirksamem Beschluss der Hauptversammlung im Sommer 2012 in die BHE Finanz AG eingebracht. Im März 2012 erlangten die SUPERIOR Private Equity GmbH und die RSI Societas GmbH infolge eines An-

teilerwerbsgeschäfts die Kontrolle im Sinne des § 29 Abs. 2 WpÜG an der BHE Finanz AG und übernahmen 86,82 % der Anteile von der ehemaligen Mehrheitsaktionärin MKBH Beteiligungs GmbH.

Auf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 wurde neben der strategischen Neuausrichtung der Gesellschaft auch die Durchführung einer gemischten Bar- und Sachkapitalerhöhung um nominal bis zu 971.250 € sowie eine Kapitalerhöhung gegen Bareinlage von bis zu 150.000 neuen Aktien zu 7 € je Aktie beschlossen. Die Durchführung der gemäß Tagesordnungspunkt 8 beschlossenen Sachkapitalerhöhung erfolgte in zwei Teilschritten. Zunächst wurde am 12. September 2012 eine Sachkapitalerhöhung von 128.011 € in das Handelsregister eingetragen, am 19. September erfolgte die Eintragung des Restbetrags in Höhe von 843.239 €. Damit erhöhte sich das Grundkapital der Gesellschaft von 528.750 € um 971.250 € auf 1.500.000 €. Die ebenfalls auf der Hauptversammlung beschlossene Barkapitalerhöhung wurde gemäß Tagesordnungspunkt 11 in Höhe von 150.000 T€ am 26. September 2012 in das Handelsregister eingetragen. Das Grundkapital der Gesellschaft erhöhte sich demzufolge von 1.500.000 € um 150.000 € auf 1.650.000 €.

Im Geschäftsjahr 2012 erwirtschaftete die BHE Finanz AG Konzernerlöse in Höhe von 65 T€ (Vj. 20 T€) und verzeichnete ein auf -891 T€ gesunkenes Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) (Vj. -144 T€). Das Ergebnis vor Steuern (EBT) betrug -890 T€ nach -137 T€ im Vorjahr, das Konzerngesamtergebnis belief sich auf -939 T€ (Vj. -137 T€). Maßgeblich für diesen Rückgang verantwortlich waren der Personalaufwand in Höhe von -341 T€ (Vj. 0 €) und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von -662 T€ (Vj. -175 T€).

Die BHE Finanz AG verfügte im Geschäftsjahr 2012 mit liquiden Mitteln in Höhe von 632 T€ (Vj. 534 T€) stets über eine ausreichende Liquidität und konnte durch Barkapitalerhöhungen in Höhe von insgesamt 1.254 T€ während des Geschäftsjahres die Liquidität absichern. Demgegenüber standen der negative Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von - 911 T€ (Vj. -102 T€) und der Investitionstätigkeit in Höhe von -92 T€ (Vj. 0 T€).

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag 638 T€ (Vj. 484 T€).

## **ORGANE UND MITARBEITER**

Im Zuge der Änderung der Mehrheitsverhältnisse erfolgte ein kompletter Wechsel in der Zusammensetzung der Organe. Zum Mitglied des Vorstands wurde mit Wirkung zum 15. März 2012 Herr Hans Joachim Kirchner bestellt. Herr Kirchner war vor seiner Bestellung in leitenden Positionen bei renommierten Versicherungsgesellschaften, zum Beispiel beim Alte Leipziger Hallesche Konzern und dem Volkswohl Bund, tätig. Mit Wirkung zum 29. März 2012 hat Herr Friedrich-Karl Winter sein Mandat als Vorstand niedergelegt. Schließlich berief der Aufsichtsrat Herrn Peter Naumann, den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Baden Badener Versicherung AG mit ebenfalls jahrzehntelanger Erfahrung in der Assekuranz mit Wirkung zum 1. Januar 2013 zum weiteren Mitglied des Vorstands. Beide Vorstände haben aufgrund der Neupositionierung der BHE Finanz AG im Februar/März 2013 ihre Vorstandsämter wieder niedergelegt. Herr Dipl.- Kfm. Holger Stabernack wurde am 12. März 2013 zum neuen Vorstand bestellt. Er verfügt über Erfahrungen aus Leitungsfunktionen bei Versicherungsgesellschaften, Kapitalanlagegesellschaften und Banken. Darüber hinaus wurde auch das Kontrollgremium neu besetzt. Nach ihrer gerichtlichen Bestellung am 19. April 2012 wurden die Herren Emmerich G. Kretzenbacher, Helmut Strixner und Frank Haguigui-Nazari auch von der Hauptversammlung noch einmal in den Aufsichtsrat gewählt. In der konstituierenden Sitzung wurden Herr Kretzenbacher zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und Herr Strixner zu seinem Stellvertreter gewählt. Herr Strixner legte sein Amt aus gesundheitlichen Gründen zum Ende des Berichtsjahres nieder. Als Nachfolger konnte Herr Dr. Arne Kruse, Gründer und Vorstandsvorsitzender einer weltweit tätigen Unternehmensberatung, gewonnen werden.

Die BHE Finanz AG beschäftigt inklusive der Tochtergesellschaften zum 31. Dezember 2012 insgesamt 11 feste Mitarbeiter.

## **ERTRAGSLAGE**

Die Umsatzerlöse des Konzerns der BHE Finanz AG stiegen im Geschäftsjahr 2012 auf 65 T€ nach 20 T€ im Vorjahr. Sie setzen sich vor allem aus Miet- und Provisionserlösen zusammen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich auf 53 T€ (Vj. 14 T€). Sie resultieren im Wesentlichen aus der Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen in Höhe von 36 T€ (Vj. 0 €) und der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 6 T€ (Vj. 0 T€).

Wesentliche Kostenblöcke stellten in 2012 die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit -662 T€ (Vj. -175 T€) und der Personalaufwand mit -341 T€ (Vj. 0 €) dar. Die um 487 T€ erhöhten sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultierten insbesondere aus Rechts- und Beratungskosten im Umfang von 99 T€, Provisionsaufwendungen in Höhe von 109 T€, Fremdleistungen 99 T€ sowie aus Werbe- und Reisekosten in Höhe von 136 T€ (Vj. 0 €). Der deutlich gestiegene Personalaufwand ist auf die Veränderungen der Vorstandsbesetzung zurückzuführen. Im Geschäftsjahr 2011 hatte der Vorstand der BHE Finanz AG von der Gesellschaft noch keine Vergütung erhalten. Das Vergütungssystem wurde im Berichtsjahr angepasst und enthält gemäß dem Deutschen Corporate Governance Kodex fixe und variable Bestandteile. Hier ist insbesondere das Vorstandsgehalt in Höhe von 202 T€ zu nennen. Darüber hinaus summierten sich die Personalkosten für die restlichen per 31.12.2012 angestellten 11 Mitarbeiter auf 139 T€.

Demzufolge ist das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) auf -891 T€ (Vj. -144 T€) gesunken. Nach Zinserträgen in Höhe von 1 T€ und Zinsaufwendungen von 0 T€ (Vj. 0 T€) lag das Ergebnis vor Steuern (EBT) bei -890 T€ (Vj. -137 T€). Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von -49 T€ (Vj. 0 €) führten dann zu einem Konzerngesamtergebnis von -939 T€ (Vj. -137 T€).

## FINANZLAGE & VERMÖGENSLAGE

Ziel des Finanzmanagements ist es, die Zahlungsfähigkeit der BHE Finanz AG und ihrer Tochterunternehmen stets sicher zu stellen. Die Liquidität der BHE war durch die Barkapitalerhöhungen in Höhe von insgesamt 1.254 T€ während des Geschäftsjahres gesichert. Darüber hinaus konnte die BHE Finanz AG ihren Tochtergesellschaften in wesentlichem Umfang Finanzmittel bereit stellen. Liquide Mittel wurden zum Bilanzstichtag mit 632 T€ (Vj. 534 T€) ausgewiesen. Zahlungsverpflichtungen konnten das gesamte Geschäftsjahr bedient werden.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit lag insbesondere aufgrund der negativen Entwicklung des Konzernergebnisses bei -911 T€ (Vj. -102 T€). Er setzt sich zusammen aus dem negativen Konzernergebnis in Höhe von -939 T€ (Vj. -137 T€), Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen 6 T€ (Vj. 0 T€), Veränderungen der Vorräte, Forderungen und anderer Aktiva -93 T€ (Vj. 20 T€) und Veränderung der Verbindlichkeiten und anderer Passiva von 128 T€ (Vj. 15 T€).

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -92 T€ (Vj. 0 T€) ergibt sich aus Investitionen in immaterielles Vermögen und Sachanlagen in Höhe von -47 T€ sowie Investitionen in langfristig finanzielle Vermögenswerte von -47 T€ und Einzahlungen aus dem Zugang von Tochterunternehmen in Höhe von 3 T€.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ist nach Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen in Höhe von 1.254 T€ (Vj. 0 T€) und Kosten in Zusammenhang mit der Eigenkapitalbeschaffung von -153 T€ auf 1.101 T€ angestiegen. Unter Berücksichtigung zahlungswirksamer Veränderungen der liquiden Mittel von 98 T€ und der liquiden Mitteln zum Anfang des Berichtsjahrs von 534 T€ ergeben sich zum Ende der Berichtsperiode liquide Mittel von 632 T€.

Auf der Aktivseite setzen sich zum Ende der Berichtsperiode die langfristigen Vermögenswerte in Höhe von 96 T€ (Vj. 8 T€) aus den Positionen immaterielle Vermögenswerte 13 T€ (Vj. 8 T€), Sachanlagen 36 T€ (Vj. 0 €) und langfristige finanzielle Vermögenswerte, bestehend aus den nicht wesentlichen Tochtergesellschaften, von 47 T€ (Vj. 0 €) zusammen. Die Einbringung der ELAN war als sogenannte Common Control-Transaktion zu werten. Danach wurde aus dem Erwerb der ELAN kein Geschäfts- oder Firmenwert aufgedeckt, sondern die übernommenen Vermögenswerte und Schulden wurden zum Buchwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag des Erwerbs wurde innerhalb des Eigenkapitals in den Kapitalrücklagen erfasst.

Die kurzfristigen Vermögenswerte sind um 34 Prozent von 564 T€ zum 31.12.2011 auf 756 T€ gestiegen. Hierbei wurden die Vorräte aufgebraucht (0 € nach 6 T€ im Vorjahr). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beliefen sich auf 60 T€ (Vj. 15 T€), die sonstigen kurzfristigen Vermögenswerte beliefen sich auf 56 T€ (Vj. 3 T€) und die liquiden Mittel erreichten 632 T€ (Vj. 534 T€).

Dies führte zu einem Anstieg der Bilanzsumme um 49 Prozent auf 852 T€.



Auf der Passivseite erhöhten sich die kurzfristigen Schulden von 88 T€ auf 214 T€ zum Ende der Berichtsperiode. Hierbei legten die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen auf 138 T€ zu (Vj. 83 T€). Die Rückstellungen erhöhten sich leicht auf 3 T€ (Vj. 0 €) und die sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten betrugen 73 T€ (Vj. 5 T€) und setzten sich aus Personalverbindlichkeiten (21 T€), Lohn- und Kirchensteuer (22 T€) sowie einem Darlehen gegenüber einer nicht wesentlichen Tochter (22 T€) zusammen.

Das Eigenkapital stieg auf 638 T€. Der Anstieg, im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 154 T€, resultiert im Wesentlichen aus den Einzahlungen aus den Kapitalerhöhungen vermindert um den Konzernbilanzverlust. Die Eigenkapitalquote lag zum Ende 2012 bei 75 Prozent, im Vorjahr hatte sie noch 85 Prozent betragen.

## UNTERNEHMENSORGANISATION

In den ersten Monaten des Geschäftsjahres 2012 bestanden die Aktivitäten der BHE Finanz AG (ehemals BHE Beteiligungs-Aktiengesellschaft) aus der Liegenschaftsverwaltung von mehreren Grundstücken, die weitgehend unbebaut sind. Es wurden keine Immobilienverkäufe realisiert. Allerdings beabsichtigte der Vorstand im Rahmen der Neuausrichtung, den gehaltenen Grundbesitz zu veräußern. Ein entsprechender Vertrag mit einem Käufer wurde geschlossen. Im Januar 2013 wurde der Grundbesitz rechtswirksam veräußert.

Im März 2012 kam es zu einem Wechsel des Mehrheitsaktionärs der Gesellschaft. Die SUPERIOR Private Equity GmbH und die RSI Societas GmbH haben am 6. März 2012 infolge eines Anteilsverkaufsgeschäfts die Kontrolle im Sinne des § 29 Abs. 2 WpÜG an der BHE Finanz AG erlangt und 86,82% der Anteile von der ehemaligen Mehrheitsaktionärin MKBH Beteiligungs GmbH übernommen.

Auf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 wurden die Weichen für die strategische Neuausrichtung der Gesellschaft gestellt. Die BHE Finanz AG sollte als Holding fungieren und mit verschiedenen operativen Einheiten Servicedienstleistungen rund um Versicherungs- und sonstige Finanzdienstleistungen anbieten. Hierfür wurden der Hauptversammlung verschiedene Beschlussvorschläge unterbreitet, denen allesamt mit großer Mehrheit zugestimmt wurde.

Zum einen wurde die Änderung der Firma in BHE Finanz AG und eine Sitzverlegung nach Hamburg beschlossen. Weiterhin wurde der Beschlussvorschlag zur Durchführung einer gemischten Bar- und Sachkapitalerhöhung um nominal bis zu 971.250 € von der Hauptversammlung angenommen. Im Rahmen dieser Kapitalerhöhung sollen sämtliche Geschäftsanteile an der ELAN Assekuranz-Service GmbH in die BHE Finanz AG eingebracht werden. Den Aktionären wurde das Recht eingeräumt, sich im Verhältnis ihrer aktuellen Beteiligung an der Kapitalerhöhung zu einem Bezugspreis von 1,59 € je neuer Aktie mittels Bareinlage zu beteiligen. Das Geschäftsmodell der ELAN umfasst zum einen das Eigengeschäft aus der Vermittlung und der Betreuung von Versicherungsverträgen. Zum anderen sieht es den Aufbau eines Vermittlerstamms von Maklern vor, die über den Anschluss an die ELAN spezielle Vorteile, beispielsweise besondere Deckungskonzepte, genießen. Neben der gemischten Bar- und Sachkapitalerhöhung beschloss die Hauptversammlung, auch eine Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen durchzuführen. Durch die Ausgabe von bis zu 150.000 neuen Aktien zu 7 € je Aktie soll die Gesellschaft zur Umsetzung der Neuausrichtung ausreichend kapitalisiert werden.

Die auf der ordentlichen Hauptversammlung 2012 beschlossene Sachkapitalerhöhung wurde in zwei Teilschritten durchgeführt. Gemäß Tagesordnungspunkt 8 wurde zunächst am 12. September eine Sachkapitalerhöhung in Höhe von 128.011 € und anschließend am 19. September der Restbetrag in Höhe von 843.239 € in das Handelsregister eingetragen. Damit erhöhte sich das Grundkapital der Gesellschaft von 528.750 € um 971.250 € auf 1.500.000 €. Die ebenfalls auf der Hauptversammlung beschlossene Barkapitalerhöhung wurde gemäß Tagesordnungspunkt 11 in Höhe von 150.000 T€ am 26. September 2012 in das Handelsregister eingetragen. Das Grundkapital der Gesellschaft erhöhte sich demzufolge von 1.500.000 € um 150.000 € auf 1.650.000 €.

Im Zuge der Änderung der Mehrheitsverhältnisse erfolgte ein kompletter Wechsel in der Zusammensetzung der Organe. Zum Mitglied des Vorstands wurde mit Wirkung zum 15. März 2012 Herr Hans-Joachim Kirchner bestellt. Herr Kirchner war vor seiner Bestellung in leitenden Positionen bei renommierten Versicherungsgesellschaften, zum Beispiel beim Alte Leipziger Hallesche Konzern und dem Volkswohl Bund, tätig. Mit Wirkung zum 29. März 2012 hat Herr Karl-Friedrich Winter sein Mandat als Vorstand niedergelegt. Schließlich berief der Aufsichtsrat Herrn Peter Naumann, den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Baden Badener Versicherung AG mit ebenfalls jahrzehntelanger Erfahrung in der Assekuranz mit Wirkung zum 1. Januar 2013 zum weiteren Mitglied des Vorstands. Darüber hinaus wurde auch das Kontrollgremium neu besetzt. Nach ihrer gerichtlichen Bestellung am

19. April 2012 wurden die Herren Emmerich G. Kretzenbacher, Helmut Strixner und Frank Haguigui-Nazari auch von der Hauptversammlung noch einmal in den Aufsichtsrat gewählt. In der konstituierenden Sitzung wurden Herr Kretzenbacher zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und Herr Strixner zu seinem Stellvertreter gewählt.

## **NACHTRAGSBERICHT**

Nach Ausbleiben des prognostizierten Geschäftsverlaufs im Zuge der Neuausrichtung, einhergehend mit dem deutlich hinter den Erwartungen zurück gebliebenen operativen Erfolg der ELAN, kommt es im März 2013 zu einer Neupositionierung des Geschäftsmodells der BHE Finanz AG. Die ELAN wurde mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom 13.03.2013 zu einem Kaufpreis von 59 T€ verkauft, um weitere finanzielle Belastungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der ELAN bei der BHE Finanz AG zu vermeiden. Weiterhin wurde der Grundbesitz im Januar 2013 rechtswirksam veräußert.

Der Aufsichtsrat ist nach gerichtlicher Bestellung von Herrn Dr. Arne Kruse seit dem 28.02.2013 wieder vollzählig und damit beschlussfähig. In der Folge wurde Herr Holger Stabernack mit Wirkung zum 13.03.2013 zum Vorstand der BHE Finanz AG berufen, während die bisherigen Vorstände Hans Joachim Kirchner und Peter Naumann ihre Ämter niedergelegt haben.

Mit der Bestellung von Herrn Holger Stabernack soll die BHE Finanz AG von einer Maklerbeteiligungsgesellschaft hin zu einer Holdinggesellschaft für Unternehmen aus dem Bereich der Finanzdienstleistungen entwickelt werden. Herr Stabernack bringt Erfahrung aus Leitungsfunktionen bei Versicherungs- und Kapitalanlagegesellschaften sowie Banken mit. Zuletzt war er als Vorstand bei der Telefunk Invest Management AG tätig, die Multi-Sachwert-Policen mit den Anlageschwerpunkten Finanzierungen (Private Equity), Immobilieninvestments, New Energy (Wind-, Sonnenenergie und Biogas) sowie Cash (Festgeld, Geldmarkttiteln und Corporate Cash Fonds) konzeptioniert und vertreibt.

## **CHANCEN- UND RISIKOBERICHT**

### **RISIKOMANAGEMENT**

Die BHE Finanz AG identifiziert im Rahmen des Risikomanagementsystems in enger Zusammenarbeit mit den operativen Einheiten des Unternehmens eventuelle Risiken frühzeitig, bewertet und steuert diese. Die integralen Bestandteile des Systems sind sowohl die systematische Risikoidentifikation und Risikobewertung als auch Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und Begrenzung von Risiken. Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der Früherkennung bestandsgefährdender Risiken. Diese im Risikomanagementsystem erfassten Risiken werden monatlich über Soll-/Ist-Vergleiche, Betriebswirtschaftliche Auswertungen, Liquiditätspläne und Bestandsaufnahmen überprüft. Hierbei werden Einzelrisiken identifiziert, bewertet und Maßnahmen eingeleitet, um den Risiken angemessen zu begegnen. Ebenso werden Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenshöhen an veränderte Rahmenbedingungen, soweit erforderlich, angepasst. Im Hinblick auf die Größe des Unternehmens erfolgt die Steuerung des Unternehmens vorwiegend auf Vorstandsebene.

### **INTERNES KONTROLLSYSTEM DES RECHNUNGSLEGUNGSPROZESSES**

Die BHE Finanz AG verfügt über ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem nach § 289 Abs.5 HGB im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess, in dem geeignete Strukturen sowie Prozesse definiert und in der Organisation umgesetzt sind. Dies ist so konzipiert, dass eine zeitnahe, einheitliche und korrekte buchhalterische Erfassung aller geschäftlichen Prozesse bzw. Transaktionen gewährleistet ist. Es stellt die Einhaltung der gesetzlichen Normen, der Rechnungslegungsvorschriften und der internen Richtlinien zur Rechnungslegung sicher, die für alle in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen verbindlich ist. Änderungen der Gesetze, Rechnungslegungsstandards und andere Verlautbarungen werden fortlaufend bezüglich der Relevanz und Auswirkungen auf den Einzel- und Konzernabschluss analysiert und die daraus resultierenden Änderungen in der Buchführung und in den Abschlüssen berücksichtigt. Grundlagen des internen Kontrollsystems sind systemtechnische und manuelle Abstimmprozesse, die Trennung von Funktionen sowie die Einhaltung von Richtlinien und Arbeitsanweisungen. Die Buchführung erfolgt durch Mitarbeiter der BHE-Gruppe. Weitere Controlling- und Risikomanagementaufgaben werden mit Unterstützung wesentlicher Investoren durchgeführt. Die Zahlungsfreigaben erfolgen durch den Vorstand. Die Buchhaltung wird vom Vorstand laufend überwacht. In die Erstellung von Jahresab-

schlüssen, Zwischenabschlüssen und die Konzernrechnungslegung ist der Vorstand der BHE Finanz AG in allen Fragen maßgeblich eingebunden. Mit dem Vorstand und den Mitarbeitern der BHE-Gruppe besteht eine enge Kommunikation. Beispielsweise werden wesentliche neue Vertragsbeziehungen und Geschäftsvorfälle systematisch erfasst und analysiert. Eine interne Revision ist im Hinblick auf die Größe und den Geschäftsgegenstand der BHE Finanz AG und des Konzerns nicht eingerichtet. Der Vorstand hat die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems beurteilt. Diese Beurteilung ergab, dass das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem für das Geschäftsjahr 2012 funktionsfähig ist. Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems wird vom Aufsichtsrat der BHE Finanz AG gemäß den Anforderungen des HGB und AktG überwacht. Unabhängig davon ist zu berücksichtigen, dass ein internes Kontrollsystem keine absolute Sicherheit liefert, dass wesentliche Fehlaussagen in der Rechnungslegung vermieden oder aufgedeckt werden.

## RISIKEN

### 1. Gesamtwirtschaftliche Risiken

Die BHE Finanz AG ist nationalen wirtschaftlichen Risiken ausgesetzt. Gesamtwirtschaftliche Schocks, wie Wirtschafts- und Finanzkrisen, können sich negativ auf das Geschäft der BHE Finanz AG auswirken. Weichen gesamtwirtschaftliche Entwicklungen von den Planungen ab, können sich vielfältige Risiken entwickeln. Dazu gehören beispielsweise Vertriebsrisiken. Als Anbieter versicherungsummantelter Vorsorgeprodukte ist die BHE Finanz AG von der Investitionsbereitschaft privater und institutioneller Investoren abhängig. Wirtschaftliches Wachstum fördert die Konsumausgaben. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung ändern sich regelmäßig zudem die Zinsen und Währungsparitäten. Auf die Auswirkungen und das Management dieser Risiken wird in den folgenden Abschnitten genauer eingegangen.

### 2. Umfeld und Branchenrisiken

#### 2.1 Markt- und Emissionsrisiko

Das Geschäft der BHE Finanz AG sieht vor, Kapitalanlagen für private und institutionelle Investoren zu initiieren und zu vertreiben. Dadurch ist die BHE Finanz AG dem Risiko von Nachfragerückgängen ausgesetzt. Diese können beispielsweise aufgrund veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen entstehen. So können gesamtwirtschaftliche Krisen zu Präferenzänderungen bei Anlageprodukten und zurückhaltender Investitionsbereitschaft führen. Ebenso stellen Marktpreisschwankungen ein Risiko dar, welche sowohl die Kapitalanlagen als auch Verpflichtungen betreffen. Hierzu zählen insbesondere das Zinsänderungsrisiko und das Kursrisiko bei Aktien. Im Rahmen der versicherungsummantelten Kapitalanlagen werden teilweise langfristige Zinsgarantien gewährt, was zu einer hohen Abhängigkeit des Wertes der Verpflichtung von den Kapitalmärkten führt. Mithilfe geeigneter Limit- und Frühwarnsysteme wird diesen Risiken begegnet.

#### 2.2 Wettbewerbsrisiko

Die BHE Finanz AG steht am Kapitalmarkt im Wettbewerb mit anderen Anbietern von anteilsgebundenen Lebens- und Rentenversicherungen, im folgenden „**Sachwertpolice**“ genannt und Initiatoren von versicherungsgeschützten Vorsorgeprodukten. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise aus dem Jahr 2009 und auch die Europäische Finanz- und Wirtschaftskrise haben zu einem geänderten Anlageverhalten der privaten und institutionellen Investoren geführt. Der Trend geht zu sicheren Kapitalanlagen. Aus diesem Grund bietet die BHE Finanz AG ihren Anlegern Sachwertpolicen an und platziert sich mit diesem neuen Produkt in einer Marktnische, womit eine Abgrenzung zu den Wettbewerbern ermöglicht wird.

#### 2.3 Risiko der Veränderung steuer- und aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen

Sowohl bei bereits platzierten Kapitalanlagen als auch bei der Konzeption und dem Vertrieb von Sachwertpolicen können steuerrechtliche Veränderungen den wirtschaftlichen Erfolg negativ beeinflussen. Veränderte aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen können zu einer Erhöhung des Aufwands führen und/ oder eine Anpassung von Teilen der Konzernstruktur oder des Geschäftsmodells erforderlich machen. Als börsennotiertes Unternehmen sieht sich die BHE Finanz AG jedoch gut auf solche Veränderungen vorbereitet und beobachtet fortlaufend politische Debatten über Regulierungsänderungen, um rechtzeitig reagieren zu können.

### 3. Unternehmensstrategische und operative Risiken

In regelmäßigen Sitzungen bewerten Aufsichtsrat und Vorstand des Unternehmens die Unternehmensstrategie der BHE Finanz AG. Um einer langfristigen und nachhaltigen Wachstumsstrategie gerecht zu werden, wird diese, wenn nötig, an veränderte politische, wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen angepasst.

Aus der Geschäftstätigkeit der BHE Finanz AG ergeben sich eine Vielzahl von operativen Risiken. Diese werden in den folgenden Abschnitten einzeln erläutert.

#### 3.1 Risiko der Abhängigkeit von Vertriebspartnern

Bei der Platzierung ihrer Finanzprodukte arbeitet die BHE Finanz AG sowohl mit Maklerpools als auch mit unabhängigen Finanzdienstleistern zusammen. Sollten in kurzer zeitlicher Abfolge mehrere dieser Vertriebspartner ihre Zusammenarbeit mit der Gesellschaft beenden bzw. einschränken, könnte sich dies negativ auf die Geschäftstätigkeit der BHE Finanz AG auswirken. Zur Vermeidung dieser Risiken arbeitet die BHE Finanz AG stets daran, ihr Vertriebsnetzwerk auszubauen, neue Vertriebswege zu erschließen sowie auch die betroffenen Mitarbeiter in Vertriebserschulungen fortzubilden.

#### 3.2 Risiko im Zusammenhang mit der Realisierung von Projekten

Für eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit der BHE Finanz AG ist eine regelmäßige Initiierung neuer sachwertbasierter Zielinvestments nötig, um damit am Markt ein attraktives Portfolio anbieten zu können. In diesem Zusammenhang können sich vielfältige Risiken ergeben, so können sich Zielinvestments im Nachhinein als unrentabel bzw. unattraktiv erweisen oder es könnte auch die Bereitschaft der Kreditinstitute abnehmen, notwendige Zwischen- und Langfristfinanzierungen zu gewähren. Gesamtwirtschaftliche Schocks, wie die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, führen mitunter zu Nachfrageverschiebungen und können einen intensiven Wettbewerb um begehrte Anlageobjekte aufkommen lassen, wodurch diese knapp werden und die Preise ansteigen. Somit besteht das Risiko, dass Zielinvestments zu hohen Preisen erworben werden, die sich im Nachhinein als unrentabel erweisen. Darüber hinaus besteht auch das Risiko, dass sich die Finanzierung der Assets aufgrund mangelnder Bereitschaft der Kreditinstitute zur Gewährleistung von Zwischen- und Langfristfinanzierungen als schwierig gestalten könnte. Werden bezüglich der Finanzierung der Projekte keine anderweitigen Möglichkeiten gefunden, könnte die Realisierung der Projekte, auch bereits in der Phase der Konzeption, gefährdet werden bzw. nicht möglich sein.

#### 3.3 Risiko im Zusammenhang mit der Finanzierung bestehender Investments

In Folge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Bereitschaft der Kreditinstitute zur Gewährleistung der notwendigen Zwischen- und Langfristfinanzierung abgenommen. Aufgrund dessen ist nicht auszuschließen, dass bereits erteilte Finanzierungszusagen der Kreditinstitute für bestehende Projekte nicht mehr eingehalten, bzw. nicht mehr verlängert werden und Kredite zur Rückzahlung fällig gestellt werden. Die BHE Finanz AG sichert sich gegen diese Risiken mit einem hohen Eigenkapital und geringer Fremdkapitalnutzung ab.

#### 3.4 Risiko aus der Beratungshaftung

Im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise hat es insbesondere im Bankenbereich vermehrt Urteile zur Beratungshaftung gegeben. Der Trend der aktuellen Rechtsprechung geht derzeit zu gestiegenem Anlegerschutz und verschärften Auflagen für Beratungs- und Aufklärungspflichten beim Vertrieb von Finanzprodukten. Hieraus ergibt sich für die BHE Finanz AG im Rahmen des Vertriebs ihrer Anlageprodukte sowohl das Risiko, sich durch Beratungsfehler gegenüber den Anlegern haftbar zu machen, als auch durch fehlerhafte Angaben in den Verkaufsprospekten schadensersatzpflichtig zu werden.

### 4. Organisations- und Personalmanagementrisiken

Um nachteilige Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der BHE Finanz AG ausschließen zu können, braucht die Gesellschaft genügend qualifizierte Führungs- und Fachkräfte. Für den zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg ist daher die qualifizierte Besetzung der Positionen der Vorstände und Geschäftsführungsmitglieder unabdingbar.

Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung der Gesellschaft ergaben sich einige personelle Veränderungen im Vorstand und Aufsichtsrat. Eine überdurchschnittliche Fluktuation von Führungskräften und Mitarbeitern könnte dazu führen, dass Positionen nicht adäquat besetzt werden können. Aufgrund falscher Personalentscheidungen können Fehl- und/oder Unterbesetzungen entstehen.

## 5. IT-Risiken

Zur Abwicklung ihres Geschäfts ist die BHE Finanz AG auf stets verfügbare und funktionierende IT-Systeme angewiesen. Darüber hinaus müssen sensible, bzw. vertrauliche Daten, so insbesondere die von Kunden, jederzeit vor einem Zugriff unerlaubter Dritter geschützt werden. Um sich gegenüber dem Risiko von Systemausfällen abzusichern, nutzt die BHE Finanz AG moderne Back-up-Systeme inklusive externer Datensicherung und hat Pläne erarbeitet, die im Notfall eine rasche Systemwiederherstellung ermöglichen. Der Datenschutz wird durch Firewall-Systeme, Virenschutz- und Verschlüsselungsprogramme sowie Zutritts- und Zugriffskontrollsysteme gewährleistet.

## 6. Finanzwirtschaftliche Risiken

### 6.1 Liquiditätsrisiko

Es besteht das Risiko, dass die BHE Finanz AG ihren Zahlungsverpflichtungen in Folge verspäteter Zahlungen von oder ausgefallener Forderungen gegen Kunden und Geschäftspartnern und durch nicht bzw. nicht vollständig platzierte Eigenkapitalmaßnahmen nicht jederzeit nachkommen kann. Die BHE Finanz AG sichert sich gegen diese Risiken ab, indem sie stets über ausreichende Liquiditätsreserven verfügt, um unerwartete Liquiditätsengpässe überbrücken zu können. Des Weiteren erstellt die Gesellschaft regelmäßig Liquiditätsplanungen und gleicht diese mit der tatsächlichen Entwicklung des Unternehmens ab. Den Zugang zum Kapitalmarkt hält sich die BHE Finanz AG jederzeit offen, um je nach wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die günstigste Alternative wählen zu können. Zuletzt führte die BHE Finanz AG im Geschäftsjahr 2012 eine gemischte Kapitalerhöhung gegen Bar- und Sacheinlagen und eine reine Barkapitalerhöhung durch, sie benötigte bisher kein Fremdkapital.

### 6.2 Kredit-, Ausfall- und Bonitätsrisiko

Insbesondere in Zeiten hoher wirtschaftlicher Volatilität besteht jederzeit das Risiko, dass sich Kunden und Geschäftspartner der BHE Finanz AG wirtschaftlich verschlechtern bzw. insolvent gehen und damit die Forderungen gegen diese ausfallen. Die BHE Finanz AG achtet daher auf eine diversifizierte Kunden- und Vertriebspartnerstruktur und nutzt Verrechnungsmöglichkeiten.

### 6.3 Bewertungsrisiko aus Beteiligungen

Die BHE Finanz AG hielt im Geschäftsjahr 2012 Beteiligungen in Höhe von 62 T€ im Wesentlichen an im Geschäftsjahr 2012 neu gegründeten Tochtergesellschaften. Die wesentliche Beteiligung für Versicherungsservicedienstleistungen im Geschäftsjahr 2012 bestand an der ELAN Assekuranz-Service GmbH. Diese hat ihre Ertragsziele im Berichtsjahr deutlich verfehlt, wodurch sich für die BHE Finanz AG Wertberichtigungen und ein hoher Verlust ergeben haben. Daraufhin verkaufte die BHE Finanz AG im März 2013 sämtliche Anteile an der ELAN Assekuranz Service-GmbH. Es besteht auch zukünftig das Risiko, dass die BHE Finanz AG durch unrentable Beteiligungen Verluste erleidet. Diesem Risiko begegnet sie durch fortlaufende und intensive Überprüfung der Finanzdaten bestehender Beteiligungsansätze bzw. geplanter Beteiligungen.

### 6.4 Zinsänderungsrisiko

Die Anlage der frei verfügbaren Liquidität erfolgt im Rahmen von Festgeldanlagen. Bei der Wiederanlage frei werdender Festgelder unterliegt die Gesellschaft einem Zinsänderungsrisiko. Zum Bilanzstichtag bestanden keine wesentlichen Zinsänderungsrisiken.

## 7. Rechtliche Risiken

Die BHE Finanz AG ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit einer Vielzahl unterschiedlicher und sich häufig ändernder Rechtsbestimmungen unterworfen. Hierzu zählen insbesondere Risiken aus den Bereichen Beratungshaftung, Wettbewerbs- und Kartellrecht sowie Steuerrecht. Die daraus resultierenden öffentlichen oder privatrechtlichen Folgen können hohe Kosten verursachen. Aufgrund gerichtlicher oder behördlicher Entscheidungen oder infolge der Vereinbarung von Vergleichen können Aufwendungen entstehen, die nicht oder nicht in vollem Umfang durch Versicherungsleistungen abgedeckt sind. Derzeit verfügt die BHE Finanz AG über eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Unternehmensleiter und leitende Angestellte.

## 8. Steuerliche Risiken

Bewertungsänderungen oder Fristversäumnisse können dazu führen, dass steuerliche Folgen eintreten, die für die BHE Finanz AG nachteilig sind bzw. durch die Finanzverwaltung sogar Zwangsgelder erhoben werden. Zum Bilanzstichtag bestanden keine wesentlichen Steuerrisiken.

## 9. Sonstige Risiken

Es bestehen über die zuvor beschriebenen Risiken hinaus Einflüsse auf den Geschäftsverlauf, die nicht vorhersehbar und damit nur schwer kontrollierbar sind. Im Fall ihres Eintritts könnten sie die Entwicklung der BHE Finanz AG negativ beeinflussen. Zu diesen Ereignissen zählen wir Naturkatastrophen, Epidemien und Terroranschläge.

### **PROGNOSEBERICHT: KÜNFTIGE WIRTSCHAFTS- UND BRANCHENSITUATION, KÜNFTIGE UNTERNEHMENSITUATION**

In Folge der im Nachtragsbericht geschilderten Neuausrichtung der Gesellschaft richtet sich der Ausblick für die BHE Finanz AG auf die gezielte operative Entwicklung des Geschäfts mit versicherungsummantelten Finanzprodukten auf Basis von Sachwerten. Die Weltwirtschaft wird sich in 2013 erneut auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau steigern. Unwägbarkeiten, wie die weitere Entwicklung der Finanz- und Wirtschaftskrise im Euroraum, der abzuwartende Kurs der Finanzpolitik in Europa und den USA und die nur mäßigen Wachstumsimpulse aus den Schwellenländern tragen nicht zu einer Verringerung der Volatilität an den Finanzmärkten bei. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) prognostiziert daher für 2013 eine Steigerung der Weltproduktion um 3,4 %.

Das Wachstum in der EU wird im laufenden Jahr nur schrittweise zurückkehren. Die Europäische Kommission erwartet trotz der positiveren Stimmung auf den Finanzmärkten eine geringe Steigerung des BIP in der EU um 0,1 %, im Euroraum mit -0,3 % sogar noch eine Abschwächung. Insbesondere die Krisenländer Griechenland, Spanien, Portugal und Italien wirken sich mit einer Abnahme des BIP um bis zu -4,4 % hemmend auf das Wirtschaftswachstum in der EU aus, während Frankreich mit einem Plus von voraussichtlich 0,1 % nahezu auf Vorjahresniveau bleiben wird.

Das deutsche BIP wird in 2013 wahrscheinlich nur gering um 0,5 % zunehmen. Diese schwächere Phase wird der deutsche Arbeitsmarkt jedoch gut überstehen, die Arbeitslosenquote wahrscheinlich nur geringfügig auf 7,2 % steigen und die Verbraucherpreise könnten mit einer Teuerungsrate von voraussichtlich 1,5 % spürbar abnehmen. Langfristig und mit Blick auf das kommende Jahr erwartet die Bundesbank eine klare Aufwärtstendenz und damit eine anziehende Wirtschaftsdynamik.

1,687,7 Mrd. € - diese Summe wird den Deutschen voraussichtlich im Jahr 2013 für ihre Ausgaben zur Verfügung stehen. Das Marktforschungsunternehmen GfK rechnet damit für das laufende Jahr mit einer Steigerung der Kaufkraftsumme (das verfügbare Nettoeinkommen der Bevölkerung inklusive staatlicher Transferzahlungen) um 2,9 % gegenüber Vorjahr. Demnach ergibt sich ein pro Kopf-Wert von 20.621 € bzw. im Durchschnitt 554 € mehr, welche die Deutschen für ihren Konsum oder sonstige Lebensunterhaltungskosten ausgeben können.

Die deutsche Versicherungswirtschaft wird im Jahr 2013 weiterhin mit historischen Niedrigzinsen konfrontiert sein. Diese belasten nicht nur die private Altersvorsorge, sondern zunehmend auch Lebensversicherungskunden, da die Zinsgutschriften mit rückläufigen Kapitalmarktzinsen fallen. Das bedeutet für die deutschen Versicherer eine zusätzliche Rücklagenbildung („Nachreservierungsvolumen“), um die Garantieverzinsung absichern zu können. Dieses Volumen hat sich in 2012 deutlich erhöht, so mussten die Lebensversicherer im Berichtszeitraum geschätzte 5 Mrd. € für die Zinszusatzreserve bereitstellen (Vj. 1,5 Mrd. €). Selbst bei anhaltendem Zinsniveau wird das Volumen der Rücklagen in 2013 weiter auf insgesamt über 10 Mrd. € steigen. Auch die Verzinsung der privaten Rentenversicherung liegt derzeit auf einem historisch niedrigen Niveau. Nachdem der Zins in 2012 erstmals die 4-Prozent-Marke unterschritten hatte, wird für 2013 mit einer Gutschrift von 3,61 % gerechnet. Trotz der niedrigen Zinsgutschriften gewinnen Verträge mit Zinsgarantie in Zeiten der Finanzkrise an Beliebtheit. Die Chancen fondsgebundener Sachwertpolicen liegen daher zukünftig in Anlageklassen, die von der allgemeinen Finanzmarktentwicklung weitgehend unabhängig sind. Neben Immobilien und Unternehmensanleihen richtet sich das Interesse der Versicherer zunehmend auf den Bereich der Erneuerbaren Energien, welche auch verstärkt in den Fokus der institutionellen Investoren gerückt sind. Gemäß Angaben der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) haben Pensionsfonds, Fondsgesellschaften, Staatsfonds und Banken in 2012 weltweit 44 Milliarden Dollar im Bereich Strom und erneuerbare Energie investiert. Die Energiebranche bietet

dabei aufgrund interessanter Renditen auf Assets und der am Kapitalmarkt erzielbaren Erträge eine hohe Attraktivität. So wurde im vergangenen Jahr insbesondere in Strom- und Fernleitungsnetze investiert. PwC erwartet auch für 2013 ein verstärktes Interesse der Investoren am Energiemarkt.

Ein langfristiges Versicherungsgeschäft und Investitionen in Erneuerbare Energien passen dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) zufolge gut zusammen. Derzeit fehlen aber noch die nötigen Rahmenbedingungen für ein rechtssicheres Investitionsumfeld. Der GDV fordert daher u.a. aufsichtsrechtliche Stabilität sowie eine adäquat angepasste Risikoklasse.

### **Ausblick BHE Finanz AG**

Die BHE Finanz AG versteht sich als Konzeptlieferant und Vertreiber von anteilsgebundenen und versicherungsummantelten Finanzprodukten auf Basis von Sachwerten und bietet hier die Möglichkeiten einer Einmalanlage oder rätierlicher Investitionspläne. Das Geschäft der BHE Finanz AG wird somit zukünftig aus der Konzeption und dem Vertrieb anteilsgebundener Lebens- und Rentenversicherungen (Sachwertpolicen) bestehen. Die steuerlichen Vorteile einer Lebensversicherung, die in Europa eines der meistgenutzten Altersvorsorgeprodukte darstellt, werden dabei mit einem gezielten Investment des Kunden in Sachwerte verknüpft, um eine steuerbegünstigte Altersversorgung in Verbindung mit Werterhalt sowie Rendite zu bieten. Die Rendite wird dadurch begünstigt, dass bis zur Auszahlung der Lebensversicherung keine Steuern anfallen und diese Anlage im Vergleich zum klassischen Beteiligungsmodell in der Regel eine günstigere Kostenstruktur aufweist. Die Laufzeit der Sachwertpolice kann dabei variabel gestaltet werden, wodurch der Kunde nicht verpflichtet ist, sein Kapital für einen festen Zeitraum zu binden. Auch eine vereinbarte Laufzeit über mehrere Generationen hinweg oder eine nachträgliche Verlängerung des Vertrags ist möglich. Ab einer Mindestlaufzeit von 12 Jahren (bei einem Endalter von 62 Jahren) ist nur die Hälfte der Erträge zu versteuern. Dem Kunden bieten sich somit bei einer langen Laufzeit attraktive Steuervorteile. Der Kunde kann jedoch auch jederzeit einen Teil seines Geldes aus der Police abziehen oder unter Einhaltung der Kündigungsfrist den Vertrag vorzeitig kündigen.

Für das zukünftige Geschäft der BHE Finanz AG ergibt sich somit ein klarer Vorteil: Während es der klassischen Versicherungsbranche schwer fällt, für ausgesprochene Zinsgarantien die notwendigen Renditen mit sicherheitsorientierten Kapitalanlagen wie Bundesanleihen zu erwirtschaften, erfolgt bei Sachwertpolicen die Investition der Kapitalanlage des Kunden in eine von ihm gewählte Sachwertklasse. Anlageschwerpunkte werden hierbei die Bereiche Immobilien, Energie, Logistik und Rohstoffe sein. Die zukünftig von der BHE Finanz AG vertriebenen Sachwertpolicen weisen eine attraktive Rendite mit zugleich hoher Stabilität der Erträge auf, da Investitionen in Sachwerte gegen die Kursschwankungen von Aktien und Ausfallrisiken von Staats- und Unternehmensanleihen absichern sowie Inflationsschutz bieten.

Gleichzeitig wird die BHE Finanz AG auch anteilsgebundene Rentenversicherungen mit den oben beschriebenen Anlageschwerpunkten anbieten. Neben dem einzuzahlenden rätierlichen Sparbetrag kann der Kunde jederzeit bis zum Renteneintritt Zuzahlungen leisten und den Rentenbeginn innerhalb eines bestimmten Lebensalter-Zeitraums festsetzen. Teilzahlungen sind ebenfalls jederzeit möglich. Der Kunde kann zudem darüber entscheiden, ob er bei Ablauf der Versicherung eine lebenslange Rente oder eine Einmalzahlung wünscht. Im Ablebensfall bieten die Lebens- und Rentenversicherungspolicen Hinterbliebenenschutz und ermöglichen günstige Erbschaftsregeln.

Die BHE Finanz AG plant darüber hinaus unter der Leitung von Herrn Stabernack ein alternatives Vertriebsmodell zur Reduzierung der Provisionsaufwendungen zu entwickeln. Dieses Vertriebsmodell soll zukünftig an andere Vertriebe verkauft werden und zusätzliche Erlöse generieren.

Das neue Geschäftsmodell eröffnet bei erfolgreicher Realisierung einen langfristigen und planbaren Zugang zu Eigen-, bzw. Investitionskapital. Somit wird es der BHE Finanz AG auch zukünftig möglich sein, neue und bestehende Projekte ohne Fremdkapitalfinanzierung selbst zu refinanzieren und über eine hohe Eigenkapitalquote sowie ausreichende Liquidität zu verfügen. Für das Geschäftsjahr 2013 erwartet die BHE Finanz AG eine deutliche Umsatzsteigerung.

Sollte das neue Geschäftsmodell nicht erfolgreich umgesetzt und die geplanten Umsatzziele nicht erreicht werden, besteht ein Risiko des Fortbestandes des Unternehmens.

**VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER**

Der Vorstand versichert nach bestem Wissen, dass der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage der Gesellschaft in diesem Lagebericht so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

**ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG NACH § 289A HGB, EINSCHLIEßLICH CORPORATE GOVERNANCE BERICHT**

Die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB ist unter [http://www.bhe-ag.de/bhe/investoren\\_corporategovernance.html](http://www.bhe-ag.de/bhe/investoren_corporategovernance.html) in Zusammenhang mit dem Corporate-Governance-Bericht veröffentlicht.

**ANGABEN NACH § 289 ABS. 4 UND ABS. 5 HGB****ZUSAMMENSETZUNG DES GEZEICHNETEN KAPITALS**

Das Grundkapital der BHE in Höhe von 1.650.000 € ist in 1.650.000 nennbetragslose Stückaktien eingeteilt. Es ist voll eingezahlt.

**BESCHRÄNKUNGEN, DIE STIMMRECHTE ODER DIE ÜBERTRAGUNG VON AKTIEN BETREFFEN**

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, bestanden im Geschäftsjahr 2012 nicht.

**DIREKTE ODER INDIREKTE BETEILIGUNGEN AM KAPITAL DER GESELLSCHAFT VON MEHR ALS 10 %**

Mehrheitsaktionäre der BHE Finanz AG mit einer Beteiligung von mehr als 10 % sind die SUPERIOR Private Equity GmbH und die RSI Societas GmbH.

**AKTIEN MIT SONDERRECHTEN**

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, waren im Geschäftsjahr 2012 nicht vorhanden.

**STIMMRECHTSKONTROLLE IM FALLE EINER KAPITALBETEILIGUNG DURCH ARBEITNEHMER**

Eine Stimmrechtskontrolle gemäß § 289 Abs. 4 Punkt 5 HGB lag im Geschäftsjahr 2012 nicht vor.

**ERMÄCHTIGUNG ZUM ERWERB UND ZUR VERÄUßERUNG EIGENER AKTIEN UNTER BEZUGSRECHTSAUSSCHLUSS UND AUSSCHLUSS DES ANDIENUNGSRECHTS DER AKTIONÄRE**

Die Gesellschaft ist ermächtigt, in Höhe von bis zu 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Beschlussfassung eigene Aktien zu erwerben. Die Ermächtigung wurde am 1. Juni 2012 wirksam und gilt bis zum 30. Mai 2017. Der Erwerb erfolgt nach Wahl des Vorstands und innerhalb der sich aus den aktienrechtlichen Grundsätzen ergebenden Grenzen unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes (§ 53a AktG) über die Börse oder außerhalb der Börse, letzteres insbesondere durch ein öffentliches Kaufangebot und auch unter Ausschluss des Andienungsrechts der Aktionäre. Bei einem öffentlichen Kaufangebot kann die Gesellschaft entweder einen Preis oder eine Preisspanne für den Erwerb festlegen. Erfolgt der Erwerb der Aktien über die Börse, darf der gezahlte Kaufpreis je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den Durchschnitt der Aktienkurse (Schlussauktions-



preise für die Aktien der Gesellschaft im XETRA<sup>®</sup>-Handel oder einem Nachfolgesystem) („maßgeblicher Kurs“) an den letzten zehn Börsenhandelstagen vor dem Erwerb um nicht mehr als 5 % über- oder unterschreiten.

Der Vorstand ist ermächtigt, die aufgrund dieser oder einer vorangegangenen Ermächtigung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworbenen eigenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes (§ 53a AktG) zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien wieder zu veräußern.

#### **ERMÄCHTIGUNG ZUR SCHAFFUNG EINES GENEHMIGTEN KAPITALS MIT BEZUGSRECHTSAUSSCHLUSS SOWIE ÜBER ENTSPRECHENDE SATZUNGSÄNDERUNGEN**

Der Vorstand der Gesellschaft strebt ein hohes Maß an Flexibilität für eventuelle Kapitalmaßnahmen an. Hierzu wurde ein Genehmigtes Kapital 2012 in dem rechtlich zulässigen Umfang geschaffen.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft in der Zeit bis zum 30. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats um insgesamt bis zu 825.000 € durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2012). Des Weiteren wird der Vorstand hierbei ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre ganz oder teilweise auszuschließen.

#### **GESETZLICHE VORSCHRIFTEN UND SATZUNGSBESTIMMUNGEN ÜBER ÄNDERUNGEN IN DER VORSTANDSZUSAMMENSETZUNG UND DER SATZUNG**

Hinsichtlich der Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern wird auf die gesetzlichen Vorschriften der §§ 84 und 85 AktG verwiesen. Darüber hinaus bestimmt Abschnitt III. Vorstand, § 5 der Satzung der BHE Finanz AG, dass der Vorstand aus einem oder mehreren Mitgliedern besteht und im Übrigen der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands bestimmt. Der Aufsichtsrat kann einen Vorsitzenden des Vorstands ernennen, wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht. Der Aufsichtsrat kann auch stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Die Bestimmungen über die Änderung der Satzung ergeben sich aus den §§ 133 und 179 AktG.

#### **CHANGE OF CONTROL-KLAUSELN IN WESENTLICHEN VEREINBARUNGEN DER GESELLSCHAFT**

Es lagen keine Vereinbarungen der Gesellschaft vor, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen.

#### **ENTSCHÄDIGUNGSVEREINBARUNGEN FÜR DEN FALL EINES ÜBERNAHMEANGEBOTS**

Entschädigungsvereinbarungen mit Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots wurden im Geschäftsjahr 2012 nicht getroffen.

#### **VERGÜTUNGSBERICHT VORSTAND UND AUFSICHTSRAT**

Der Vorstand erhielt 2012 gemäß Anstellungsvertrag von der Gesellschaft folgende Vergütungen:

Herr Hans-Joachim Kirchner  
Festvergütung: 202 T€  
davon Abschlussprämie: 29 T€

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird durch den Aufsichtsrat festgelegt und regelmäßig überprüft. Das bestehende Vergütungssystem gewährleistet eine der Tätigkeit und Verantwortung angemessene Vergütung der Vorstandsmitglieder. Neben der persönlichen Leistung finden dabei auch die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussicht des Konzerns Berücksichtigung.

Die Gesamtvergütung setzt sich aus einer erfolgsunabhängigen fixen und einer erfolgsbezogenen variablen Komponente zusammen. Die fixe Vergütung beträgt bis zum 31.07.2013 200 T€ brutto zzgl. einer Abschlussprämie in Höhe von 29 T€. Für den Fall, dass der Vorstand ab dem 01.08.2013 wieder bestellt wird erhält der Vorstand neben fixen Bezügen in Höhe von 156 T€ brutto variable Vergütungen, abhängig von definierten Zielen, in Höhe von maximal 150 T€. Bei einer wesentlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ist der Aufsichtsrat berechtigt die Vergütung angemessen herabzusetzen. Des Weiteren steht dem Vorstand ein Dienstwagen zur Verfügung. Die Bestellung des Vorstandes erfolgte erstmalig bis zum 31.07.2013. Grundsätzlich erfolgt die Bestellung des Vorstandes auf 3 Jahre.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats werden in der Hauptversammlung 2013 festgelegt. Bisher wurde eine Rückstellung in Höhe von 15 T€ gebildet.

## **BESITZ UND HANDEL VON AKTIEN UND FINANZINSTRUMENTEN**

### **MELDEPFLICHTIGE WERTPAPIERGESCHÄFTE**

Die Gesellschaft veröffentlicht sämtliche meldepflichtigen Wertpapiergeschäfte von Organmitgliedern auf ihrer Homepage unter [http://www.bhe-ag.de/bhe/investoren\\_wertpapiergeschaefte.html](http://www.bhe-ag.de/bhe/investoren_wertpapiergeschaefte.html) und hält diese Informationen mindestens 12 Monate nach Veröffentlichung verfügbar. Im Geschäftsjahr 2012 wurden die nachfolgenden meldepflichtigen Geschäfte von Organmitgliedern durchgeführt und veröffentlicht:

Name	Geschäftsvorfall	Anzahl	Kurs	Veröffentlichung
Hans-Joachim Kirchner	Kauf außerbörslich	65.132	1,59 €	19.09.2012

### **BEZIEHUNGEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN**

Die SUPERIOR Private Equity GmbH und die RSI Societas GmbH haben am 6. März 2012 infolge eines Anteilserwerbsgeschäfts die Kontrolle im Sinne des § 29 Abs. 2 WpÜG an der BHE Finanz AG erlangt und 86,82% der Anteile von der ehemaligen Mehrheitsaktionärin MKBH Beteiligungs GmbH übernommen.

Daher hat die Gesellschaft gemäß § 312 AktG einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt. Dieser Bericht schließt mit folgender Erklärung:

„Hiermit erklären wir gemäß § 312 Abs. 3 AktG, dass die BHE Finanz AG bei den im vorstehenden Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse des herrschenden Unternehmens oder mit ihm verbundenen Unternehmen wurden weder getroffen noch unterlassen.“

Hamburg, 28. März 2013

Der Vorstand

Holger Stabernack

## ■ IFRS-KONZERNBILANZ

Aktiva	(Anhang)	31.12.2012 €	31.12.2011 €
<b>Langfristige Vermögenswerte</b>			
Immaterielle Vermögenswerte	6	12.576,00	7.593,32
Sachanlagen	7	35.733,32	
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	8	47.470,00	
		<b>95.779,32</b>	<b>7.593,32</b>
<b>Kurzfristige Vermögenswerte</b>			
Vorräte		0,00	6.000,00
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9	60.139,16	15.428,57
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	11	56.490,42	3.344,72
Ertragsteuerforderungen	10	7.142,35	5.503,23
Liquide Mittel	12	632.085,43	533.949,42
		<b>755.857,36</b>	<b>564.225,94</b>
		<b>851.636,68</b>	<b>571.819,26</b>

Passiva	(Anhang)	31.12.2012 €	31.12.2011 €
<b>Eigenkapital</b>			
Gezeichnetes Kapital	13	1.650.000,00	528.750,00
Kapitalrücklage	14	4.177,00	32.362,85
Gewinnrücklage	15	2.996,55	2.996,55
Konzernbilanzverlust	16	-1.019.106,12	-80.177,33
		<b>638.067,43</b>	<b>483.932,07</b>
<b>Kurzfristige Schulden</b>			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	18	138.178,43	82.871,69
Rückstellungen	17	2.568,33	0,00
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	19	<b>72.822,49</b>	5.015,50
		<b>213.569,25</b>	<b>87.887,19</b>
		<b>851.636,68</b>	<b>571.819,26</b>

## ■ IFRS-KONZERNGESAMTERGEBNISRECHNUNG

	(Anhang)	2012 €	2011 €
Umsatzerlöse	20	64.874,33	20.197,83
Bestandsveränderungen unfertige Leistungen		0,00	-3.000,00
Sonstige betriebliche Erträge	21	52.996,15	13.726,51
Personalaufwand	22	-340.749,32	0,00
Abschreibungen immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	23	-6.215,44	0,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	24	-661.823,70	-174.716,21
<b>Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)</b>		<b>-890.917,98</b>	<b>-143.791,87</b>
Zinserträge	25	1.276,30	6.682,50
Zinsaufwendungen	26	-36,51	-2,54
<b>Ergebnis vor Steuern (EBIT)</b>		<b>-889.678,19</b>	<b>-137.111,91</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	27	-49.250,60	0,00
<b>Konzernergebnis</b>		<b>-938.928,79</b>	<b>-137.111,91</b>
Sonstiges Ergebnis		0,00	0,00
<b>Konzerngesamtergebnis</b>		<b>-938.928,79</b>	<b>-137.111,91</b>
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	28	-1,11	-0,26

## ■ IFRS-KONZERNKAPITALFLUSSRECHNUNG

	(Anhang)	2012 €	2011 €
Konzernergebnis		-938.928,79	-137.112,00
Abschreibungen immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	23	-6.215,44	0,00
Veränderung der Vorräte, Forderungen und anderer Aktiva	9-11	-93.495,41	19.952,42
Veränderung der Verbindlichkeiten und anderer Passiva	17-19	127.601,63	15.251,00
<b>Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>		<b>-911.038,01</b>	<b>-101.908,58</b>
Investitionen in immaterielles Vermögen und Sachanlagen	6,7	-46.931,44	0,00
Investitionen in langfristige finanzielle Vermögenswerte	8	-47.470,00	0,00
Einzahlungen aus dem Zugang von Tochterunternehmen		2.635,15	0,00
<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>		<b>-91.766,29</b>	<b>0,00</b>
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	13,14	1.253.537,49	0,00
Kosten der Eigenkapitalbeschaffung	14	-152.596,76	0,00
<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>		<b>1.100.940,73</b>	<b>0,00</b>
Zahlungswirksame Veränderungen der liquiden Mittel		98.136,43	-101.908,58
Liquide Mittel am Ende der Periode	12	533.949,00	635.858,00
<b>Liquide Mittel am Ende der Periode</b>	12	<b>632.085,43</b>	<b>533.949,42</b>

## ■ IFRS-KONZERNEIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

	(Anhang)	Gezeichnetes Kapital €	Kapital- rücklage €	Gewinnrücklage €	Konzernbilanz- verlust €	Summe €
<b>Stand zum 01.01.2011</b>		<b>528.750,00</b>	<b>32.362,85</b>	<b>2.996,55</b>	<b>56.934,58</b>	<b>621.043,98</b>
Konzerngesamtergebnis		0,00	0,00	0,00	-137.111,91	-137.111,91
<b>Stand zum 31.12.2011</b>		<b>528.750,00</b>	<b>32.362,85</b>	<b>2.996,55</b>	<b>-80.177,33</b>	<b>483.932,07</b>
Kapitalerhöhung gegen Bar- und Sacheinlagen	13,14	1.121.250,00	1.473.668,49	0,00	0,00	2.594.918,49
Kosten der Eigenkapitalbe- schaffung (nach Ertrag- steuern)	14	0,00	-103.346,16	0,00	0,00	-103.346,16
Effekte aus der common control Entkonsolidierung	13	0,00	-1.398.508,18	0,00	0,00	-1.398.508,18
Konzerngesamtergebnis		0,00	0,00	0,00	-938.928,79	-938.928,79
<b>Stand zum 31.12.2012</b>		<b>1.650.000,00</b>	<b>4.177,00</b>	<b>2.996,55</b>	<b>-1.019.106,12</b>	<b>638.067,43</b>

## ■ IFRS-Konzernanhang

### **GRUNDSÄTZE DER RECHNUNGSLEGUNG**

#### **1. GRUNDLAGEN DER AUFSTELLUNG DES KONZERNABSCHLUSSES**

Die BHE Finanz AG (im Folgenden auch kurz „BHE“ genannt) hat ihren Sitz in Große Elbstraße 45, 22767 Hamburg, Bundesrepublik Deutschland, und ist in der Rechtsform der Aktiengesellschaft im Handelsregister beim Amtsgericht Hamburg unter der Registernummer HRB 124894 eingetragen. Die Gesellschaft beschäftigt sich im Wesentlichen mit dem Erwerb und der Verwaltung von Beteiligungen. Die Aktien der BHE sind im General Standard (geregelter Markt) an der Börse Hamburg-Hannover zum Börsenhandel zugelassen.

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 wurde erstmalig auf freiwilliger Basis in Übereinstimmung mit den Regelungen der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU verpflichtend anzuwenden sind, und den Regelungen des § 315a HGB aufgestellt. Die Anforderungen der angewandten Standards wurden erfüllt und führen zur Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Der Konzernabschluss besteht aus Konzernbilanz, Konzerngesamtergebnisrechnung, Konzernkapitalflussrechnung, Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung und Konzernanhang, der auch eine Segmentberichterstattung enthält. Der Konzernabschluss wurde weiterhin um einen Konzernlagebericht nach den Vorschriften des § 315 HGB ergänzt.

Die Konzernbilanz ist nach Fristigkeiten gegliedert. Für die Konzerngesamtergebnisrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt. Die Konzernberichtswährung ist der Euro (€). Die Angaben erfolgen zum Teil aus Vereinfachungsgründen auch in Tausend-Euro (T€). Durch Angaben in T€ können Rundungsdifferenzen zwischen den einzelnen Abschlussbestandteilen entstehen.

Die der Aufstellung des Abschlusses nach IFRS zu Grunde gelegten Schätzungen und Annahmen wirken sich auf die Bewertung von Vermögenswerten und Schulden, die Angabe von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten zu den jeweiligen Bilanzstichtagen sowie auf die Höhe von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode aus.

Obwohl diese Annahmen und Schätzungen nach bestem Wissen der Unternehmensleitung auf Basis der laufenden Ereignisse und Maßnahmen erfolgten, können die tatsächlichen Ergebnisse letztendlich von diesen Einschätzungen abweichen.

Folgende neue und geänderte International Financial Reporting Standards und Interpretationen, die für Geschäftsjahre, die am 1. Januar 2012 beginnen, waren erstmalig verpflichtend anzuwenden:

IFRS 7	Angaben zur Übertragung von Vermögenswerten
IAS 12	Rückgewinnung des zugrunde liegenden Vermögenswertes (Änderungen)

Die folgenden Änderungen an bestehenden bzw. neu veröffentlichten Standards und Interpretationen, die zum Teil auch noch nicht von der EU übernommen wurden und zum 31. Dezember 2012 nicht verpflichtend anzuwenden waren, wurden nicht freiwillig vorzeitig angewendet:

IAS 1	Darstellung der Posten des sonstigen Ergebnisses (Änderungen) (ab 01.07.2012)
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer (Änderungen) (ab 01.01.2013)
IAS 27	Separate Abschlüsse (Änderungen) (ab 01.01.2014)
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen (Änderungen) (01.01.2014)
IAS 32	Verrechnung finanzieller Vermögenswerte und Schulden (Änderungen) (ab 01.01.2014)
IFRS 1	Ausgeprägte Hyperinflation und Rücknahme fester Erstanwendungszeitpunkte für Erstanwender, Darlehen der öffentlichen Hand (Änderungen) (ab 01.01.2013)
IFRS 7	Angaben zur Verrechnung finanzieller Vermögenswerte und Schulden (Änderungen) (ab 01.01.2013)
IFRS 9	Finanzinstrumente: Klassifikation und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten (neu) (ab 01.01.2015)
IFRS 10	Konzernabschlüsse (neu) (ab 01.01.2014)
IFRS 11	Gemeinsame Vereinbarungen (neu) (ab 01.01.2014)
IFRS 12	Angaben zu Beteiligungen an anderen Unternehmen (neu) (ab 01.01.2014)
IFRS 13	Bemessung des beizulegenden Zeitwerts (neu) (ab 01.01.2013)
Diverse	Annual Improvements 2009 bis 2011

Aus der Anwendung der neuen in Kraft getretenen Rechnungslegungsvorschriften waren keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss des Geschäftsjahres zu verzeichnen.

Die möglichen Effekte der Anwendung der künftigen Rechnungslegungsvorschriften werden derzeit noch geprüft, aus heutiger Sicht erwartet die Gesellschaft jedoch keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss. Die Standards sollen angewendet werden, wenn sie erstmalig verpflichtend anzuwenden sind.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde durch den Vorstand am 26. März 2013 erstellt und, vorbehaltlich der Billigung durch den Aufsichtsrat, zur Veröffentlichung freigegeben.



## 2. KONSOLIDIERUNGSKREIS UND ERSTMALIGE ERSTELLUNG EINES KONSOLIDierten ABSCHLUSSES

Die BHE hat zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 erstmalig einen konsolidierten Abschluss erstellt. Während die Gesellschaft zuvor über keine Tochterunternehmen verfügte und es sich bei den veröffentlichten Abschlüssen bis zum 31. Dezember 2011 demzufolge um Einzelabschlüsse handelte, wurden mit rechtlicher Wirkung zum 11. April bzw. 19. September 2012 folgende Gesellschaften in die BHE gegründet bzw. eingebracht und im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen.

- BHE Finanz Holding GmbH & Co. KG, Hamburg (BHE KG); 100 %
- ELAN Assekuranz-Service GmbH, Kiel (ELAN); 100 %

Folgende Gesellschaften wurden aus Wesentlichkeitsgesichtspunkten nicht konsolidiert:

- BHE Finanz Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg (Komplementärin); 100 %
- PGU Projektgesellschaft Unternehmensnachfolge GmbH & Co. KG, Hamburg; 100 %
- VGU Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg; 100 %

Die BHE KG wurde von der BHE im April 2012 gegründet. Die Anteile der ELAN wurden im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung im September 2012 in die BHE eingebracht. Den einbringenden Gesellschaftern der ELAN wurden als Gegenleistung für die Einbringung der Geschäftsanteile 843.239 Stück neue Aktien der BHE gewährt. Die Sachkapitalerhöhung wurde am 19. September 2012 in das Handelsregister eingetragen.

Bereits seit März 2012 war die ELAN im Mehrheitsbesitz der SUPERIOR Private Equity GmbH, Hamburg (SPE).

Die IFRS geben für derartige Transaktionen unter gemeinschaftlicher Beherrschung (so genannte "common control Transaktionen" keine expliziten Bilanzierungsregeln vor. Die Gesellschaft bilanziert diese Transaktionen nach dem so genannten „predecessor accounting“. Dies bedeutet, dass die Vermögenswerte und Schulden der an der common control Transaktion beteiligten Gesellschaften im Konzernabschluss der BHE Finanz AG so bewertet werden, wie sie unter IFRS in einem Konzernabschluss des beherrschenden Gesellschafters bewertet würden. Eine Kaufpreisallokation mit Bilanzierung eines Goodwills ist daher nicht erforderlich. Im Ergebnis kam es zur Buchwertfortführung der übernommenen Vermögenswerte und Schulden der ELAN. Alle bilanziellen Effekte aus der Abbildung des Erwerbs der ELAN wurden in der Kapitalrücklage innerhalb des Eigenkapitals erfasst.

Die Erstkonsolidierung der BHE KG und der ELAN erfolgten dabei zum 11. April bzw. 31. August 2012, also mit Wirkung zu dem Tag, an dem die Beherrschung aller Gesellschaften begann.

Vor dem Hintergrund, dass die ELAN und die BHE KG ab 2012 in den Konzernabschluss einbezogen wurden, sind die Angaben zum 31. Dezember 2012, soweit diese zeitraumbezogen das gesamte Geschäftsjahr betreffen (z.B. in der Gesamtergebnisrechnung und in der Kapitalflussrechnung), nur sehr eingeschränkt mit dem Vorjahr vergleichbar.

Soweit es die Besonderheiten eines konsolidierten Abschlusses verlangen, wurde der Konzernabschluss im Vergleich zum Vorjahresabschluss ergänzt. Ferner wurden einige Postenbezeichnungen und Anhangsangaben sprachlich und inhaltlich überarbeitet. Der grundsätzliche Aufbau und die Gliederung des Abschlusses wurden jedoch beibehalten.

### 3. KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden konsolidiert. Der Bilanzstichtag aller konsolidierten Gesellschaften entspricht dem der Muttergesellschaft. Das Geschäftsjahr des Konzerns entspricht insofern dem Kalenderjahr.

Tochterunternehmen werden von dem Zeitpunkt an im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen, an dem die Möglichkeit der Beherrschung auf den Konzern übergegangen ist. Sie werden zu dem Zeitpunkt entkonsolidiert, an dem die Möglichkeit der Beherrschung nicht mehr gegeben ist.

Die Bilanzierung erworbener Tochterunternehmen erfolgt – sofern ein Unternehmenszusammenschluss im Sinne des IFRS 3 vorliegt – nach der Erwerbsmethode. Die Anschaffungskosten des Erwerbs entsprechen dem beizulegenden Zeitwert der hingeegebenen Vermögenswerte, der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente und der entstandenen bzw. übernommenen Schulden zum Transaktionszeitpunkt, zuzüglich, sofern der Unternehmenserwerb noch unter den Regelungen des IFRS 3 (2004) bilanziert wurde, der dem Erwerb direkt zurechenbaren Kosten zum Zeitpunkt des Erwerbs der Kontrolle.

Im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses identifizierbare Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten werden bei der Erstkonsolidierung mit ihren beizulegenden Zeitwerten im Erwerbszeitpunkt bewertet, unabhängig vom Umfang der Minderheitenanteile. Der Überschuss der Anschaffungskosten über den Anteil des Konzerns an dem zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Nettovermögen wird als Geschäfts- oder Firmenwert angesetzt. Sind die Anschaffungskosten geringer als das zum beizulegenden Zeitwert bewertete (anteilige) Nettovermögen des erworbenen Tochterunternehmens, wird der negative Unterschiedsbetrag direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Sofern ein Unternehmenszusammenschluss Unternehmen betrifft, die jeweils von derselben Gesellschaftergruppe beherrscht werden (sog. „common control“ Transaktionen), erfolgt die Bilanzierung nach den Grundsätzen des sog. „predecessor accounting“. Dabei werden die Vermögenswerte und Schulden der an der common control Transaktion beteiligten Unternehmen im Konzernabschluss so bewertet, wie sie im Konzernabschluss des beherrschenden Gesellschafters bilanziert würden.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen werden gegeneinander aufgerechnet. Konzerninterne Transaktionen, Salden und unrealisierte Gewinne aus Transaktionen zwischen Konzernunternehmen sind eliminiert. Entsprechendes gilt für unrealisierte Verluste, es sei denn, die Transaktion deutet auf eine Wertminderung des übertragenen Vermögenswerts hin.

#### 4. EINZELNE BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

##### Grundsatz

Der vorliegende Abschluss basiert auf der Annahme der Unternehmensfortführung und basiert auf der zugrunde liegenden Planung des Vorstandes. Überwiegend erfolgt die Bewertung auf Basis der historischen Anschaffungskosten.

##### Immaterielle Vermögenswerte

Die immateriellen Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige und gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen (Wertminderungen), angesetzt. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen nach der linearen Methode über eine Nutzungsdauer von in der Regel drei Jahren.

##### Sachanlagen

Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige, lineare Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer, aktiviert. Soweit erforderlich werden auch außerplanmäßige Abschreibungen (Wertminderungen) vorgenommen. Den planmäßigen Abschreibungen des Sachanlagevermögens liegen im Wesentlichen geschätzte Nutzungsdauern zwischen drei bis zehn Jahren zu Grunde.

Die Restwerte und die wirtschaftlichen Restnutzungsdauern werden zu jedem Bilanzstichtag überprüft und gegebenenfalls angepasst. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur dann aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass der Gesellschaft daraus zukünftig ein wirtschaftlicher Nutzen zufließen wird. Alle anderen Reparaturen und Wartungen werden in dem Geschäftsjahr aufwandswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, in dem sie angefallen sind.

Sofern der Buchwert eines Vermögenswertes seinen geschätzten erzielbaren Betrag übersteigt, wird auf diesen Betrag abgeschrieben. Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen werden durch einen Vergleich des Veräußerungserlöses mit dem Buchwert zuzüglich direkt zurechenbarer Veräußerungskosten ermittelt und im betrieblichen Ergebnis erfasst. Fremdkapitalkosten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Herstellung von Sachanlagen anfallen, werden aufwandswirksam erfasst.

##### Wertminderung von nicht finanziellen Vermögenswerte

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte, die einer planmäßigen Abschreibung unterliegen, werden auf Wertminderungen geprüft, sobald Ereignisse oder Indikatoren darauf hindeuten, dass ihr Buchwert möglicherweise nicht erzielbar ist.

Ein Wertminderungsaufwand wird in der Höhe des Betrages erfasst, um den der Buchwert eines Vermögenswertes seinen erzielbaren Betrag übersteigt. Letzterer entspricht dem höheren Betrag aus dem Nettoveräußerungspreis des Vermögenswertes und den diskontierten Netto-Cashflows aus der weiteren Nutzung (Nutzungswert). Zur Beurteilung der Wertminderung werden die Vermögenswerte auf der niedrigsten Ebene zu Zahlungsmittel generierenden Einheiten zusammengefasst, für die sich Cashflows weitgehend unabhängig vom restlichen Unternehmen identifizieren lassen.

Bei Werterholungen erfolgen Zuschreibungen höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten.

##### Finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte werden in die folgenden Bewertungskategorien unterteilt:

- erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte,
- Darlehen und Forderungen,
- bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte und
- zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

Die Klassifizierung hängt vom jeweiligen Zweck ab, für den die finanziellen Vermögenswerte erworben wurden. Das Management bestimmt die Klassifizierung der finanziellen Vermögenswerte beim erstmaligen Ansatz und überprüft die Klassifizierung zu jedem Stichtag. In der Berichtsperiode und der Vergleichsperiode hatte der Konzern nur finanzielle Vermögenswerte der Kategorien Darlehen und Forderungen sowie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

Die Bewertungskategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte“ hat zwei Unterkategorien:

- als zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und
- im Zugangszeitpunkt in Ausübung eines Designationswahlrechtes als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ klassifiziert.

Ein finanzieller Vermögenswert gilt als zu Handelszwecken gehalten, wenn er hauptsächlich mit kurzfristiger Verkaufsabsicht erworben wurde, Teil eines eindeutig identifizierbaren Portfolios gemanagter Finanzinstrumente ist, für das sich kurzfristige Gewinnmitnahmen in der Vergangenheit nachweisen lassen, oder wenn es sich um ein nicht in eine Sicherungsbeziehung eingebundenes Derivat handelt. Andere finanzielle Vermögenswerte können bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen vom Management als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ designiert werden.

Vermögenswerte dieser Kategorie werden als kurzfristige Vermögenswerte ausgewiesen, wenn sie entweder zu Handelszwecken gehalten oder voraussichtlich innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag realisiert werden. Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte werden mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Jeder aus der Bewertung resultierende Gewinn oder Verlust wird erfolgswirksam erfasst. Der erfasste Nettogewinn oder -verlust schließt etwaige Dividenden und Zinsen des finanziellen Vermögenswertes mit ein.

„Darlehen und Forderungen“ sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit fixen beziehungsweise bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Sie entstehen, wenn der Konzern Geld, Güter oder Dienstleistungen direkt einem Schuldner bereitstellt, ohne die Absicht, diese Forderungen zu handeln. Sie zählen zu den kurzfristigen Vermögenswerten, soweit deren Fälligkeit nicht zwölf Monate nach dem Bilanzstichtag übersteigt. Andernfalls werden sie als langfristige Vermögenswerte ausgewiesen. Darlehen und Forderungen sind in der Bilanz in den übrigen Finanzanlagen und den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Forderungen enthalten.

Darlehen und Forderungen werden nach der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Mit Ausnahme von kurzfristigen Forderungen, bei denen der Zinseffekt unwesentlich wäre, werden Zinserträge gemäß der Effektivzinsmethode erfasst.

Wechsel und Schuldtitel mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, bei denen der Konzern die eindeutige Absicht und Fähigkeit besitzt, diese bis zur Endfälligkeit zu halten, werden als „bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen“ kategorisiert. Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen

werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode abzüglich Wertminderungen bewertet. Der Zinsertrag wird dabei mittels der Effektivzinsmethode erfasst.

„Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die entweder dieser Kategorie zugeordnet wurden oder keiner der anderen Kategorien zugeordnet werden können. Sie sind den langfristigen Vermögenswerten zugeordnet, sofern das Management nicht die Absicht hat, sie innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zu veräußern. Aus Schwankungen des beizulegenden Zeitwertes resultierende Gewinne und Verluste werden direkt im Eigenkapital in einer gesonderten Rücklage erfasst. Ausgenommen hiervon sind Wertminderungsverluste, nach der Effektivzinsmethode ermittelte Zinsen sowie Gewinne und Verluste aus der Fremdwährungsumrechnung von monetären Posten. Hier findet eine erfolgswirksame Erfassung in der Gewinn- und Verlustrechnung statt. Wird eine Finanzanlage veräußert oder wird bei ihr eine Wertminderung festgestellt, werden die bis dahin in der Rücklage angesammelten Gewinne und Verluste im Periodenergebnis erfasst. Sofern der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich durch die Notierung an einem aktiven Markt oder andere Methoden ermittelt werden kann, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten.

#### Latente und laufende Ertragsteuerforderungen und Ertragsteuerverpflichtungen.

Für temporäre Differenzen zwischen IFRS- und Steuerbilanz werden latente Steuern unter Verwendung der bei Umkehrung der Differenzen voraussichtlich gültigen Steuersätze gebildet. Dies gilt auch für temporäre Differenzen aus ergebniswirksamen Konsolidierungsbuchungen. Aktive latente Steuern auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge werden dann bilanziert, wenn es wahrscheinlich ist, dass in der Zukunft zu versteuernde Gewinne in entsprechender Höhe anfallen. Eine Ausnahme hierzu bildet der Geschäfts- oder Firmenwert aus einem Unternehmenserwerb.

Der Buchwert der latenten Steueransprüche wird an jedem Bilanzstichtag überprüft und in dem Umfang reduziert, in dem es nicht mehr wahrscheinlich ist, dass ausreichendes zu versteuerndes Einkommen zukünftig zur Verfügung steht.

Die tatsächlichen Steuererstattungsansprüche und Steuerrückstellungen werden mit dem Betrag bewertet, in dessen Höhe eine Erstattung beziehungsweise Nachzahlung erwartet wird. Dabei werden die Steuersätze und Steuergesetze zu Grunde gelegt, die am Bilanzstichtag gelten.

#### Vorräte

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder mit dem niedrigeren voraussichtlichen Nettoveräußerungswert bilanziert. Die Bewertung der Vorräte erfolgt dabei unter Wesentlichkeitsgesichtspunkten mit den direkt zurechenbaren Einzelkosten. Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte, im normalen Geschäftsgang erzielbare Verkaufserlös abzüglich der geschätzten Kosten bis zur Fertigstellung und der notwendigen Vertriebskosten.

#### Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte

Die Forderungen und sonstigen Vermögenswerte werden anfänglich zum beizulegenden Zeitwert unter Berücksichtigung von Transaktionskosten angesetzt und in der Folge zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode sowie unter Abzug von Wertminderungen bewertet.

Eine Wertminderung ist dann zu erfassen, wenn objektive Anzeichen dafür vorliegen, dass die fälligen Forderungsbeträge nicht vollständig einbringlich sind. Indikatoren sind z. B. erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass ein Kreditnehmer in Insolvenz oder ein sonstiges Sanierungsverfahren geht sowie ein Vertragsbruch oder ein Verzug von Zinsen und Tilgungszahlungen. Die Höhe der Wertminderung ermittelt sich als Differenz zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dieser Forderung, diskontiert mit dem Effektivzinssatz. Die Wertminderung wird erfolgswirksam erfasst.

Bei vollständigem oder teilweise Wegfall der Gründe für eine Wertminderung werden die Forderungen bis höchstens auf die fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam zugeschrieben.

#### Liquide Mittel

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente (liquide Mittel) sind in der Bilanz mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Sie umfassen Barmittel und kurzfristig fällige Guthaben bei Kreditinstituten mit einer ursprünglichen Fälligkeit von nicht mehr als drei Monaten.

#### Eigenkapital

Als Eigenkapital wird der residuale Anspruch der Gesellschafter auf das nach Abzug der Schulden verbleibende Nettovermögen ausgewiesen. Kosten einer Eigenkapitaltransaktion (zum Beispiel die im Rahmen von Kapitalerhöhungen anfallenden Kosten) werden, gemindert um alle damit verbundenen Ertragsteuervorteile, als Abzug vom Eigenkapital bilanziert und erfolgsneutral mit der Kapitalrücklage verrechnet.

#### Finanzverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten

Finanzverbindlichkeiten werden bei ihrem erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert, nach Abzug von Transaktionskosten angesetzt. In den Folgeperioden werden sie zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet; jede Differenz zwischen dem Auszahlungsbetrag (nach Abzug von Transaktionskosten) und dem Rückzahlungsbetrag wird über die Laufzeit der Ausleihung unter Anwendung der Effektivzinsmethode in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Finanzverbindlichkeiten werden als kurzfristig klassifiziert, wenn der Konzern nicht das unbedingte Recht hat, die Begleichung der Verbindlichkeit auf einen Zeitpunkt mindestens zwölf Monate nach dem Bilanzstichtag zu verschieben.

Die finanziellen Verbindlichkeiten sind der Kategorie „Finanzielle Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden“ zuzuordnen. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

#### Leasingverhältnisse

Leasingverhältnisse, bei denen der Konzern die wesentlichen Risiken und den Nutzen aus dem Eigentum am Leasingobjekt trägt, werden als Finanzierungsleasing klassifiziert. Vermögenswerte aus Finanzierungsleasing werden zu Beginn der Laufzeit des Leasingverhältnisses mit dem niedrigeren Wert aus ihrem beizulegenden Zeitwert und dem Barwert der Mindestleasingzahlungen aktiviert. In gleicher Höhe wird zu diesem Zeitpunkt eine Leasingverbindlichkeit unter den langfristigen Finanzverbindlichkeiten erfasst. Der Teil der Leasingverbindlichkeit, der am Bilanzstichtag innerhalb von zwölf Monaten fällig wird, ist jeweils in den kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten ausgewiesen. In der Folge wird jede Leasingrate unter Berücksichtigung einer konstanten Verzinsung der jeweiligen Leasingrestschuld in einen Zins- und Tilgungsanteil aufgeteilt. Der Zinsanteil der Leasingrate wird erfolgswirksam als Zinsaufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Das unter einem Finanzierungsleasing gehaltene Sachanlagevermögen wird über dessen gegebenenfalls durch den Leasingvertrag beschränkte Nutzungsdauer unter Berücksichtigung eines etwaigen Restwertes abgeschrieben.

Leasingverhältnisse, die nicht als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, werden als Mietleasing behandelt. Gegenstand von Mietleasing-Verträgen sind in der Regel Kraftfahrzeuge, Teile der Büro- und Geschäftsausstattung sowie Geschäftsräume. Im Zusammenhang mit Mietleasing-Verträgen geleistete Zahlungen werden linear über die Dauer des Leasingverhältnisses in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

#### Rückstellungen

Rückstellungen werden angesetzt, wenn aus Ereignissen der Vergangenheit eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung entstanden ist, es wahrscheinlich ist, dass die Erfüllung der Verpflichtung einen Abfluss

von Ressourcen erfordert und eine verlässliche Schätzung der Höhe möglich ist. Wenn der Konzern die Erstattung eines zurückgestellten Betrages erwartet (beispielsweise aufgrund einer Versicherung), berücksichtigt er den Erstattungsanspruch als separaten Vermögenswert, sofern die Erstattung für den Fall der Inanspruchnahme aus der Verpflichtung so gut wie sicher ist.

Der Konzern setzt eine Rückstellung für verlustträchtige Geschäfte an, wenn der erwartete Nutzen aus dem vertraglichen Anspruch geringer als die unvermeidbaren Kosten zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung ist.

Die Bewertung der Rückstellungen basiert auf besten Schätzungen des Managements. Sobald neue Erkenntnisse oder verlässlichere Informationen über eine zukünftige Inanspruchnahme vorliegen, werden diese bei der Bewertung berücksichtigt. Der Wertansatz der Rückstellungen wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft.

#### Ertragserfassung

Erträge werden dann erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen an den Konzern fließen wird und die Höhe der Erträge verlässlich bestimmt werden kann.

Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Gütern werden erfasst, wenn die wesentlichen Risiken und Chancen auf den Käufer übertragen wurden und weder ein weiter bestehendes Verfügungsrecht, wie es gewöhnlich mit dem Eigentum verbunden ist, noch eine wirksame Verfügungsmacht über die verkauften Güter bestehen. Erträge aus Dienstleistungsverträgen werden nach Maßgabe des Fertigstellungsgrades erfasst. Zinserträge vereinnahmt der Konzern zeitproportional unter Berücksichtigung der Restschuld und des Effektivzinssatzes über die Restlaufzeit.

## **5. VERWENDUNG VON ANNAHMEN UND SCHÄTZUNGEN**

Der Vorstand trifft im Rahmen der Bilanzierung Einschätzungen und Annahmen über erwartete zukünftige Entwicklungen. Sämtliche Annahmen und Schätzungen basieren auf den Verhältnissen und Einschätzungen am Bilanzstichtag und beeinflussen die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie das Verständnis der zu Grunde liegenden Risiken der Finanzberichterstattung. Die hieraus abgeleiteten Schätzungen werden naturgemäß in den seltensten Fällen den späteren tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen.

In den nachfolgenden Bereichen kommt es insbesondere zu kritischen Schätzungen und Annahmen bei der Bilanzierung:

- Bei der Bewertung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen insbesondere im Hinblick auf die Bonität der Kunden Schätzunsicherheiten. Zum Stichtag beträgt der Buchwert der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen T€ 60 (Vj. T€ 15).
- Bei der Bildung der Rückstellungen sind verschiedene Annahmen zu treffen. Eine Änderung dieser Annahmen führt unmittelbar zu einem Ertrag bzw. Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung. Zum Stichtag beträgt der Buchwert der Rückstellungen T€ 3 (Vj. T€ 0).

### **ÜBERLEITUNGSRECHNUNGEN IM ÜBERGANG AUF IFRS**

Der vorliegende Abschluss ist der erste Abschluss, der nach den Rechnungslegungsvorschriften der IFRS erstellt wurde. Von den Erleichterungsregelungen des IFRS 1 im Übergang auf IFRS wurde kein Gebrauch gemacht.

Als Übergangszeitpunkt von der nationalen Rechnungslegung auf die Rechnungslegung nach IFRS gilt der 1. Januar 2011. Zu diesem Zeitpunkt bestand der Konzern ausschließlich aus der Konzernmuttergesellschaft BHE.

Das Konzerneigenkapital lässt sich zum Übergangszeitpunkt wie folgt auf IFRS überleiten:

Überleitungsrechnung des Konzerneigenkapitals zum Zeitpunkt des Übergangs auf IFRS	1.1.2011 T€
Konzerneigenkapital nach nationalen Rechnungslegungsvorschriften	621
Abweichungen zur Rechnungslegung nach IFRS	0
Konzerneigenkapital nach IFRS	621

Das Konzernergebnis des Geschäftsjahres 2011 lässt sich wie folgt auf IFRS überleiten:

Überleitungsrechnung des Konzernergebnis des Vorjahres auf IFRS	2011 T€
Konzernergebnis nach nationalen Rechnungslegungsvorschriften	-137
Latente Steuereffekte	0
Konzernergebnis nach IFRS	-137



## ERLÄUTERUNGEN ZUR KONZERNBILANZ

### 6. ENTWICKLUNG DER IMMATERIELLEN VERMÖGENSWERTE UND DER SACHANLAGEN

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen für das Geschäftsjahr ist dem nachfolgenden Anlagenspiegel zu entnehmen.

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			
	Stand Beginn Gj. T€	Zu- gänge T€	Ab- gänge T€	Stand Ende Gj. T€
Immaterielle Vermögenswerte	8	16	0	24
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	57	18	39
	8	73	18	63

	Abschreibungen				Buchwer- te T€
	Stand Beginn Gj. T€	Zu- gänge T€	Ab- gänge T€	Stand Ende Gj. T€	
Immaterielle Vermögenswerte	0	3	0	3	13
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	11	0	11	36
	0	14	0	14	49

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen für das Vorjahr stellt sich wie folgt dar:

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			
	Stand Beginn Gj. T€	Zu- gänge T€	Ab- gänge T€	Stand Ende Gj. T€
Immaterielle Vermögenswerte	8	0	0	8
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0	0	0
	8	0	0	8

	Abschreibungen				Buchwer- te T€
	Stand Beginn Gj. T€	Zu- gänge T€	Ab- gänge T€	Stand Ende Gj. T€	
Immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	8
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	8

Die immateriellen Vermögenswerte betreffen die im Berichtsjahr erworbene Homepage sowie ein Maklerverwaltungsprogramm.

## 7. SACHANLAGEN

Die Sachanlagen betreffen zum größten Teil Büroausstattungen.

## 8. LANGFRISTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

Die langfristigen finanziellen Vermögenswerte enthalten nicht wesentliche 100 %ige Tochtergesellschaften der BHE. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Gesellschaften:

- BHE Finanz Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg
- PGU Projektgesellschaft Unternehmensnachfolge GmbH & Co. KG, Hamburg

## 9. FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN

Der Bestand der Forderungen setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Bruttobestand	60	51
Kumulierte Wertminderungen	0	-36
	60	15

Die kumulierten Wertminderungen haben sich wie folgt entwickelt:

	2012	2011
	T€	T€
Stand 1. Januar	36	0
Verbrauch	0	0
Auflösungen	36	0
Zuführungen	0	36
Stand 31. Dezember	36	36

Die Zuführungen zu Wertminderungen auf Forderungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und die Auflösungen unter den sonstigen betrieblichen Erträgen gezeigt.

## 10. LAUFENDE ERTRAGSTEUERFORDERUNGEN

Die Position beinhaltet Steuerüberzahlungen für inländische Ertragsteuern.

### 11. SONSTIGE KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE

Die sonstigen kurzfristigen Vermögenswerte setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Kautionen	6	0
Umsatzsteuer	21	3
Provisionsvorschüsse	15	0
Forderungen Personal	12	0
Sonstige	2	0
	56	3

### 12. LIQUIDE MITTEL

Die Position beinhaltet Kassenbestände von T€ 0 (Vj. T€ 0) und Guthaben bei Kreditinstituten von T€ 632 (Vj. T€ 534).

### 13. GEZEICHNETES KAPITAL

#### Grundkapital

Das voll eingezahlte Grundkapital der Gesellschaft beträgt zum Stichtag € 1.650.000 (Vj. € 528.750). Es ist eingeteilt in 1.650.000 (Vj. 528.750) auf den Inhaber lautende Aktien ohne Nennwert (Stückaktien) mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von € 1,00 je Aktie.

Auf Grund der von der Hauptversammlung vom 31. Mai 2012 erteilten Ermächtigung ist die Erhöhung des Grundkapitals im Wege einer gemischten Bar- und Sachkapitalerhöhung um € 971.250 auf € 1.500.000 durchgeführt worden. Durch eine weitere Barkapitalerhöhung wurde das Grundkapital um € 150.000, auf € 1.650.000 erhöht. Beide Kapitalerhöhungen wurden im September 2012 im Handelsregister eingetragen.

#### Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist zum Stichtag durch Beschluss der Hauptversammlung von 31. Mai 2012 ermächtigt, das Grundkapital in der Zeit bis zum 30. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrates um bis zu € 825.000 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2012).

Zum Stichtag beträgt das genehmigte Kapital unverändert T€ 825 (Vj. T€ 0).

### 14. KAPITALRÜCKLAGE

Die Kapitalrücklage enthält im Wesentlichen das Agio aus Kapitalerhöhungen (TEUR 1.474), gemindert um damit verbundene Kosten (TEUR 153) nach Ertragsteuvorteilen (TEUR -49) sowie Effekte aus der bilanziellen Abbildung der common control Transaktion (TEUR 1.399) aus dem laufenden Geschäftsjahr. Weitere Einzelheiten können der Entwicklung des Konzerneigenkapitals entnommen werden.

**15. GEWINNRÜCKLAGE**

Die Gewinnrücklage ist im Geschäftsjahr 2010 aus der gesetzlichen Rücklage entstanden. Es ergaben sich keine Änderungen im Berichtsjahr.

**16. KONZERNBILANZVERLUST**

Der Ausweis betrifft die kumulierten und noch nicht verwendeten Konzernergebnisse des laufenden Geschäftsjahres und der Vorjahre, die in voller Höhe auf Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallen. Minderheitenanteile waren im abgelaufenen Geschäftsjahr, wie auch im Vorjahr, nicht zu berücksichtigen.

**17. RÜCKSTELLUNGEN**

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Rückstellung für Stornohaftung	3	0
Sonstige	0	0
	3	0

Die Entwicklung der Rückstellungen, deren erwartete Restlaufzeit wie im Vorjahr bis zu ein Jahr beträgt, ist nachfolgend dargestellt:

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Stand 1. Januar	0	0
Verbrauch	0	0
Auflösung	0	0
Zuführung	3	0
Stand 31. Dezember	3	0

**18. VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN**

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber Dienstleistern und Lieferanten.

**19. SONSTIGE KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN**

Die sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
Verbindlichkeiten Lohn- und Kirchensteuer	22	0
Erhaltene Anzahlungen	0	5
Personal	21	0
Verbindlichkeiten nichtkonsolidierten Unternehmen	22	0
Kreditorische Debitoren	7	0
	72	5

**ERLÄUTERUNGEN ZUR KONZERNGESAMTERGEBNISRECHNUNG****20. UMSATZERLÖSE**

Die Umsatzerlöse betreffen im Wesentlichen Provisionserlöse (T€ 42; Vj. T€ 0) und Mieten (T€ 23; Vj. T€ 20).

**21. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE**

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten überwiegend Erträge aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen.

	2012 T€	2011 T€
Sachbezug	3	0
Sachanlageverkauf	8	6
Auflösung Rückstellung	6	0
Auflösung Einzelwertberichtigung	36	0
Periodenfremder Ertrag	0	8
Stand 31. Dezember	53	14

**22. PERSONALAUFWAND**

Der Personalaufwand untergliedert sich wie folgt:

	2012 T€	2011 T€
Löhne und Gehälter	317	0
Soziale Abgaben	24	0
	341	0

**23. ABSCHREIBUNGEN**

Die Abschreibungen entfallen auf Abschreibungen für immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen.

**24. SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN**

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2012	2011
	T€	T€
Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten	99	28
Fremdleistungen Personal	99	0
Werbe- und Reisekosten	136	0
Kosten Börse	49	0
Raumkosten	62	8
Verwaltungskosten	64	72
Provisionen	109	45
Übrige	44	22
	662	175

Für den Konzernabschlussprüfer sind in den Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten insgesamt Aufwendungen in Höhe von T€ 63 (Vj. T€ 16) enthalten, die Aufwendungen für die Abschlussprüfungsleistungen in Höhe von T€ 30 (Vj. T€ 16) und sonstige Beratungsleistungen in Höhe von T€ 33 (Vj. T€ 0) beinhalten.

**25. SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE**

Die Position betrifft im Wesentlichen Zinserträge aus Guthaben bei Kreditinstituten.

**26. ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN**

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen betreffen überwiegend Zinsen aus Darlehensverbindlichkeiten sowie Kontokorrentzinsen.

**27. STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG**

Die Erträge (+) bzw. Aufwendungen (-) aus Ertragsteuern setzen sich wie folgt zusammen:

	2012	2011
	T€	T€
Tatsächliche Steuern	0	0
Latente Steuern	-49	0
	-49	0

Die Überleitungsrechnung vom theoretischen zum tatsächlichen Steuerergebnis ist nachfolgend dargestellt:

	2012	2011
	T€	T€
Ergebnis vor Ertragsteuern	-890	-137
Theoretischer Steuersatz	32,28%	32,28%
Theoretisches Steuerergebnis	287	44
Nicht aktivierte steuerliche Verlustvorträge	-287	-44
Übrige	-49	0
Tatsächliches Steuerergebnis	-49	0

Der theoretische Steuersatz für die latenten Steuern ermittelt sich dabei wie folgt:

	31.12.2012	31.12.2011
	%	%
Körperschaftsteuer	15,00	15,00
Solidaritätszuschlag	0,83	0,83
Gewerbsteuer	16,45	16,45
	32,28	32,28

Zum Stichtag bestehen steuerliche Verlustvorträge, für die keine aktiven latenten Steuern gebildet wurden, in Höhe von rund T€ 890 (Vj. rund T€ 300). Die steuerlichen Verlustvorträge zum 31. Dezember 2011 sind in voller Höhe untergegangen, da die Mehrheit der Aktien der BHE AG auf neue Gesellschafter übertragen worden ist und keine wesentlichen stillen Reserven vorhanden waren. Die in 2012 neu entstanden Verluste können mit zukünftigen positiven steuerlichen Ergebnissen verrechnet werden.

In der Kapitalrücklage wurden im Geschäftsjahr Ertragsteuervorteile aus Eigenkapitalbeschaffungskosten, die direkt in der Kapitalrücklage erfasst wurden, in Höhe von T€ 49 (Vj. T€ 0) erfasst.

## 28. ERGEBNIS PRO AKTIE

Das Ergebnis pro Aktie errechnet sich durch Division des Konzernergebnisses durch die gewichtete Anzahl der ausgegebenen Aktien. Da der Konzern wie im Vorjahr keine potentiell verwässernden Aktieninstrumente wie zum Beispiel Stock-Options ausgegeben hat, entsprechen sich das verwässerte und das unverwässerte Ergebnis je Aktie.

	2012	2011
Konzernergebnis (in T€)	-939	-137
Gewichtete Anzahl der Aktien (in Stück)	842.281	528.750
Unverwässertes Ergebnis je Aktie (in €)	-1,11	-0,26

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Berechnung der gewichteten Anzahl der Aktien für das Geschäftsjahr:

	Anzahl Aktien	Anzahl Tage	Gewogene Aktienzahl
01.01.-19.09.2012	528.750	262	397.541
19.09.-26.09.2012	1.500.000	7	28.767
26.09.-31.12.2012	1.650.000	96	433.973
		365	842.281

## **ERLÄUTERUNGEN ZUR KONZERNKAPITALFLUSSRECHNUNG**

Die Konzernkapitalflussrechnung zeigt die Veränderung der Finanzmittel des Konzerns im Laufe des Berichtsjahres. Es wird zwischen dem Cashflow aus gewöhnlicher betrieblicher Tätigkeit, dem Cashflow aus der Investitionstätigkeit und dem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit unterschieden.

Nachfolgende Zahlungsströme sind in der Kapitalflussrechnung enthalten und beziehen sich vollständig auf den operativen Bereich:

	2012	2011
	T€	T€
Erhaltene Zinsen	1	7
Gezahlte Zinsen	0	0
Erstattete Ertragsteuern	0	0
Gezahlte Ertragsteuern	0	0

Im Geschäftsjahr wurde die ELAN Assekuranz-Service GmbH im Wege der Sachkapitalerhöhung eingebracht. Durch die Einbringung wurden folgende Vermögenswerte und Schulden übernommen:

Vermögenswert	T€	Schulden	T€
Immaterielle Vermögenswerte	13	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	260
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	23	Rückstellungen	10
Ertragsteuerforderungen	3	Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	14
Liquide Mittel	10		

## **ERLÄUTERUNGEN SEGMENTBERICHT**

Die Gesellschaft erzielt momentan ausschließlich Umsätze aus inländischen Provisionserlösen und geringfügige Mieteinnahmen aus Verpachtungen, so dass die Aufstellung eines Segmentberichtes aus Wesentlichkeitsgründen nicht erforderlich ist.

## **ANGABEN ZU FINANZINSTRUMENTEN**

### **29. GRUNDSÄTZE DES FINANZRISIKOMANAGEMENTS UND KAPITALRISIKOMANAGEMENTS**

Das Finanzrisikomanagement beinhaltet die Steuerung und Begrenzung der finanziellen Risiken aus der operativen Geschäftstätigkeit. Für den Konzern bestehen finanzielle Risiken im Wesentlichen im Kreditrisiko sowie im Liquiditätsrisiko. Diese Risiken werden durch das Management laufend überwacht. Da der Konzern seine Umsätze und Einkäufe nahezu ausschließlich in Euro abwickelt, bestehen keine wesentlichen Fremdwährungsrisiken.



Der Konzern steuert sein Kapital – im Sinne des bilanziellen Eigenkapitals – mit dem Ziel, die Erträge der Aktionäre durch Optimierung von Eigen- zu Fremdkapital zu maximieren. Dabei wird sichergestellt, dass alle Konzernunternehmen unter der Unternehmensfortführungsprämisse operieren können. Anforderungen an eine Mindestkapitalstruktur von außen bestehen nicht.

Das Risikomanagement überprüft regelmäßig die Kapitalstruktur des Konzerns. Hierbei werden die Fremdkapitalkosten und das mit jeder Kapitalklasse verbundene Risiko berücksichtigt. Die Kapitalstruktur des Konzerns besteht aus Schulden sowie dem den Eigenkapitalgebern des Mutterunternehmens zustehenden Eigenkapital.

Die Eigenkapitalquote stellt sich zum Jahresende wie folgt dar:

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Eigenkapital	638	484
Bilanzsumme	853	572
Eigenkapitalquote	74,9%	84,6%

Der Nettoverschuldungsgrad stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Bankverbindlichkeiten	0	0
Liquide Mittel	632	534
Nettoschulden	632	534
Eigenkapital	638	484
Nettoschulden zu Eigenkapital	99,1 %	110,3 %

### 30. KATEGORIEN UND BEIZULEGENDE ZEITWERTE VON FINANZINSTRUMENTEN

#### Finanzinstrumente nach Kategorien

In den folgenden Tabellen werden die Buchwerte der Finanzinstrumente auf die Bewertungskategorien nach IAS 39 übergeleitet und die beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente mit Bewertungsquelle je Klasse angegeben:

31. Dezember 2012	Buchwert T€	im Anwen- dungsbereich von IFRS 7	Bewertungs- kategorie1) T€	Zeitwert T€	davon anhand Börsenkurs er- mittelt
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	47	47	LaR	47	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	60	60	LaR	60	0
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	56	56	LaR	56	0
Liquide Mittel	632	632	LaR	632	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	138	138	FLAmC	138	0
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	73	73	FLAmC	73	0

31. Dezember 2011	Buchwert T€	im Anwen- dungsbereich von IFRS 7	Bewertungs- kategorie1) T€	Zeitwert T€	davon an- hand Börsen- kurs ermittelt
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	0	0	LaR	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	15	15	LaR	15	0
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	3	3	LaR	3	0
Liquide Mittel	534	534	LaR	534	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	83	83	FLAmC	83	0
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	5	5	FLAmC	5	0

1) LaR: Loans and Receivables (Darlehen und Forderungen); FLAmC: Financial Liabilities at Amortised Cost (Finanzielle Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden)

#### Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente können nach der Bedeutung der in ihre Bewertungen einfließenden Faktoren und Informationen klassifiziert und in (Bewertungs-) Stufen eingeordnet werden. Die Einordnung eines Finanzinstruments in eine Stufe erfolgt nach der Bedeutung seiner Inputfaktoren für seine Gesamtbewertung und zwar nach der niedrigsten Stufe, deren Berücksichtigung für die Bewertung als Ganzes erheblich bzw. maßgeblich ist. Die Bewertungsstufen untergliedern sich hierarchisch nach ihren Inputfaktoren:

Stufe 1: auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten notierte (unverändert übernommene) Preise

Stufe 2: Inputfaktoren, bei denen es sich nicht um die auf Stufe 1 berücksichtigten notierten Preise handelt, die sich aber für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit entweder direkt (d.h. als Preis) oder indirekt (d.h. in Ableitung von Preisen) beobachten lassen

Stufe 3: nicht auf beobachtbaren Marktdaten basierende Faktoren für die Bewertung des Vermögenswerts oder der Verbindlichkeit (nicht beobachtbare Inputfaktoren)

Die in der Konzernbilanz zum beizulegenden Zeitwert erfassten Finanzinstrumente sowie die Angaben zu beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten beruhen sämtlich auf Informations- und Inputfaktoren der oben umschriebenen Stufe 2.

Bei Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Bankguthaben sowie sonstigen kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten wird angenommen, dass der Nominalbetrag abzüglich Wertminderungen aufgrund der kurzen Restlaufzeit bzw. den geringen Buchwerten dem beizulegenden Zeitwert entspricht.

### 31. NETTOERGEBNISSE NACH BEWERTUNGSKATEGORIEN

Das Nettoergebnis aus Finanzinstrumenten nach den Bewertungskategorien des IAS 39 ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

	Folgebewertung 2012					
	Fair Value Änderungen	Währungs-umrechnung	Wert-minderungen	Abgang	Zinsergebnis	Nettoergebnis 2012
Darlehen und Forderungen	0	0	0	0	1	1
Zu Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	1	1

	Folgebewertung 2011					
	Fair Value Änderungen	Währungs-umrechnung	Wert-minderungen	Abgang	Zinsergebnis	Nettoergebnis 2011
Darlehen und Forderungen	0	0	-35	0	7	-28
Zu Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	-35	0	7	-28

### 32. KREDITRISIKO

Unter dem Ausfallrisiko versteht man das Risiko eines Verlustes für den Konzern, wenn eine Vertragspartei ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der Konzern geht Geschäftsverbindungen lediglich mit kreditwürdigen Vertragspartei und, falls angemessen, unter Einholung von Sicherheiten, ein, um die Risiken eines Verlustes aus der Nichterfüllung von Verpflichtungen zu mindern. Der Konzern verwendet verfügbare Finanzinformationen sowie seine eigenen Handelsaufzeichnungen, um seine Kunden zu bewerten. Das Risikoexposure des Konzerns wird fortlaufend überwacht.

Zum Stichtag besteht im Hinblick auf die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die nicht im Wert gemindert sind und für die dem Konzern keine Sicherheiten gestellt wurden, folgende Altersstruktur:

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
bis zu einem Monat	23	9
länger als ein Monat und bis zu drei Monaten	0	4
länger als drei Monate und bis zu einem Jahr	0	2
länger als ein Jahr und bis zu fünf Jahren	37	0
Restbuchwerte wertberichtigte Forderungen	0	36
	60	51

Außerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen zum Stichtag wie im Vorjahr keine überfälligen finanziellen Vermögenswerte. Der Buchwert der im Konzernabschluss erfassten finanziellen Vermögenswerte stellt das maximale Ausfallrisiko des Konzerns dar. Die Forderungen zum 31. Dezember 2012 sind nach Auskunft des Vorstands allesamt werthaltig.

### 33. LIQUIDITÄTSRISIKO

Die Verantwortung für das Liquiditätsrisikomanagement liegt beim Vorstand, der ein angemessenes Konzept zur Steuerung der kurz-, mittel- und langfristigen Finanzierungs- und Liquiditätsanforderungen aufgebaut hat. Der Konzern steuert Liquiditätsrisiken durch das Halten von angemessenen Rücklagen, Kreditlinien bei Banken und durch ständiges Überwachen der prognostizierten und tatsächlichen Cashflows und Abstimmungen der Fälligkeitsprofile von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten.

Die folgende Tabelle zeigt die vertragliche Restlaufzeit der in den Anwendungsbereich von IFRS 7 fallenden Finanzverbindlichkeiten des Konzerns. Die Tabelle beruht auf undiskontierten Cashflows basierend auf dem frühesten Tag, an dem der Konzern zur Zahlung verpflichtet werden kann. Die Tabelle enthält sowohl Zins- als auch Tilgungszahlungen.

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Zinsen und Tilgungen innerhalb von 12 Monaten	21	0
Zinsen und Tilgungen nach mehr als 12 Monaten	0	0
	21	0

Alle anderen finanziellen Verbindlichkeiten sind innerhalb von zwölf Monaten zur Zahlung fällig und unverzinslich. Die Tilgungsverpflichtung entspricht insofern den bereits dargestellten Buchwerten.

Der Konzern erwartet, dass er seine Verbindlichkeiten aus operativen Cashflows, dem Zufluss der fällig werdenden finanziellen Vermögenswerte und durch Mittelzuflüsse aus Barkapitalerhöhungen jederzeit erfüllen kann.

Der Konzern ist zur Finanzierung seiner Geschäftstätigkeit auch auf die Gewährung von Darlehen von nahe stehenden Personen angewiesen. Bei auslaufenden Darlehen ist eine Verlängerung bzw. Refinanzierung dieser Darlehen nötig. In allen Fällen besteht das Risiko, dass eine Verlängerung nicht oder nur zu nachteiligen Konditionen möglich ist. Zum Stichtag bestanden wie im Vorjahr keine wesentlichen noch nicht ausgenutzten Kreditlinien.

### Zinsänderungsrisiko

Die Aktivitäten des Konzerns setzen ihn auch finanziellen Risiken aus der Änderung von Zinssätzen aus.

Sofern der Zins für variabel verzinsliche finanzielle Vermögenswerte um einen halben Prozentpunkt steigt bzw. fällt, ergeben sich folgende Veränderungen im Zinsertrag:

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Anstieg um einen halben Prozentpunkt Veränderung des Zinsergebnisses	3	3
Reduzierung um einen halben Prozentpunkt Veränderung des Zinsergebnisses	-3	-3

Sofern der Zins für variabel verzinsliche finanziellen Verbindlichkeiten um einen halben Prozentpunkt steigt beziehungsweise fällt, ergeben sich folgende Veränderungen im Zinsaufwand:

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Anstieg um einen halben Prozentpunkt Veränderung des Zinsergebnisses	0	0
Reduzierung um einen halben Prozentpunkt Veränderung des Zinsergebnisses	0	0

Die Veränderungen der Zinsergebnisse in diesen fiktiven Darstellungen würden sich unter zusätzlicher Berücksichtigung von Ertragsteuaspekten unmittelbar auf das Konzernergebnis auswirken. Die Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen, die nicht in die Berechnung des Effektivzinssatzes einbezogen wurden und aus finanziellen Verbindlichkeiten resultieren, waren insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

## SONSTIGE ANGABEN

### 34. EVENTUALVERBINDLICHKEITEN, SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Es bestanden keine wesentlichen sonstige finanzielle Verpflichtungen und Eventualverbindlichkeiten.

### 35. RECHTSSTREITIGKEITEN

Im Berichtsjahr waren keine wesentlichen Rechtsstreitigkeiten zu verzeichnen.

### 36. BEZIEHUNGEN ZU NAHE STEHENDEN PERSONEN

Im abgelaufenen Geschäftsjahr bestanden folgende wesentliche Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Personen:

#### Einbringung der ELAN Assekuranz-Service GmbH in die BHE Finanz AG

Gemäß Einbringungsvertrag vom 29. Mai 2012 wurden die Geschäftsanteile der ELAN Assekuranz-Service GmbH, durch ihre Gesellschafter gegen Bezug von Aktien der BHE Finanz AG eingebracht.

Die RSI Societas GmbH und die SUPERIOR Private Equity GmbH besaßen zum Zeitpunkt der Einbringung insgesamt 19.207 von 25.000 Geschäftsanteilen der ELAN Assekuranz-Service GmbH. Die RSI Societas GmbH und die SUPERIOR Private Equity GmbH erhielten insgesamt für die Einbringung 647.843 Aktien zum Nennwert von EUR 1,59.

#### Darlehensverträge

Die Aktionärin SUPERIOR Private Equity GmbH, Hamburg, hat der BHE AG Ende Juli 2012 ein Darlehen über T€ 50 ausgereicht, welches mit 4,5 % p.a. verzinst wurde. Die Tilgung erfolgte bereits Ende September 2012.

Eine weitere Aktionärin die RSI Societas GmbH, Hamburg, hat Anfang September 2012 ein Darlehen über T€ 100 (4,5 % p.a.) ausgereicht, welches ebenfalls Ende September wieder getilgt worden ist.

### 37. PERSONALSTAND

Im Konzern waren zum 31. Dezember 2012 11 Mitarbeiter (Vj. 0) neben dem Vorstand angestellt. Im Jahresdurchschnitt wurden 3 Mitarbeiter (Vj. 0) beschäftigt.

### 38. VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Der Vorstand setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr sowie dem Zeitpunkt bis zur Abschlusserstellung wie folgt zusammen:

- Herr Friedrich-Karl Winter, Kaufmann, Ahrensburg (bis 29. März 2012)
- Herr Hans-Joachim Kirchner, Kaufmann, Garding (ab 15. März 2012 bis 13. März 2013)
- Herr Peter Naumann, Kaufmann, Eppelborn (ab 01. Januar 2013 bis 15. Februar 2013)
- Herr Holger Stabernack, Dipl.-Kaufmann, Berlin (ab 12. März 2013)

Die nachfolgenden Personen waren im Geschäftsjahr sowie dem Zeitpunkt bis zur Abschlusserstellung Mitglieder des Aufsichtsrates:

- Emmerich G. Kretzenbacher, Hamburg, Vorsitzender (ab 19. April 2012), Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
- Helmut Strixner, Fürstenfeldbruck, stellvertretender Vorsitzender (vom 19. April bis 31. Dezember 2012), Kaufmann
- Frank Haguigui-Nazari, Hamburg, Aufsichtsratsmitglied (ab 19. April 2012), Wirtschaftsinformatiker
- Roland Flach, Kronberg im Taunus, Vorsitzender (bis 03. April 2012), Kaufmann
- Christoph Kroschke, Ahrensburg, stellvertretender Vorsitzender (bis 03. April 2012), Kaufmann
- Christopher Kroschke, Ahrensburg, Aufsichtsratsmitglied (24. Februar bis 03. April 2012), Kaufmann
- Hans-Werner Maas, Hamburg, Aufsichtsratsmitglied (bis 24. Februar 2012), Kaufmann
- Dr. Arne Kruse, Bremen, stellvertretender Vorsitzender (ab 28. Februar 2013), Dipl.- Ing.

Die Bezüge des Vorstandes betragen für das abgelaufene Geschäftsjahr T€ 202 (Vj. T€ 0), die des Aufsichtsrates T€ 15 (Vj. T€ 0).

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird durch den Aufsichtsrat festgelegt und regelmäßig überprüft. Das bestehende Vergütungssystem gewährleistet eine der Tätigkeit und Verantwortung angemessene Vergütung der Vorstandsmitglieder. Neben der persönlichen Leistung finden dabei auch die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussicht des Konzerns Berücksichtigung.

Die Gesamtvergütung setzt sich aus einer erfolgsunabhängigen fixen und einer erfolgsbezogenen variablen Komponente zusammen. Die fixe Vergütung beträgt bis zum 31. Juli 2013 T€ 200 brutto zzgl. einer Abschlussprämie in Höhe von T€ 29. Für den Fall das der Vorstand ab dem 01. August 2013 wieder bestellt wird, erhält der Vorstand neben fixen Bezügen in Höhe von T€ 156 brutto variable Vergütungen, abhängig von definierten Zielen, in Höhe von maximal T€ 150. Bei einer wesentlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ist der Aufsichtsrat berechtigt die Vergütung angemessen herabzusetzen. Des Weiteren steht dem Vorstand ein Dienstwagen zur Verfügung. Die Bestellung des Vorstandes erfolgte erstmalig bis zum 31. Juli 2013. Grundsätzlich erfolgt die Bestellung des Vorstandes auf 3 Jahre.

### **39. WESENTLICHE EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG**

Nach Ausbleiben des prognostizierten Geschäftsverlaufs im Zuge der Neuausrichtung einhergehend mit dem deutlich hinter den Erwartungen zurück gebliebenen operativen Erfolg der ELAN, kommt es im März 2013 zu einer Neupositionierung des Geschäftsmodells der BHE Finanz AG. Die ELAN wurde mit Zustimmung des Aufsichtsrates vom 12. März 2013 verkauft, um weitere finanzielle Belastungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der ELAN bei der BHE Finanz AG zu vermeiden. Weiterhin wurde der Grundbesitz im Januar 2013 rechtswirksam veräußert.

Der Aufsichtsrat ist nach gerichtlicher Bestellung von Herrn Dr. Arne Kruse seit dem 28. Februar 2013 wieder vollzählig und damit beschlussfähig. In der Folge wurde Herr Holger Stabernack mit Wirkung zum 12. März 2013 zum Vorstand der BHE Finanz AG berufen, während die bisherigen Vorstände Hans Joachim Kirchner und Peter Naumann ihre Ämter niedergelegt haben.

Mit der Bestellung von Herrn Holger Stabernack soll die BHE Finanz AG von einer Maklerbeteiligungsgesellschaft hin zu einer Holdinggesellschaft für Unternehmen aus dem Bereich der Finanzdienstleistungen entwickelt werden. Herr Stabernack bringt Erfahrung aus Leitungsfunktionen bei Versicherungs- und Kapitalanlagegesellschaften sowie Banken mit. Zuletzt war er als Vorstand bei der TELEFUNKEN INVEST MANAGEMENT AG tätig, die Multi-Sachwert-Policen mit den Anlageschwerpunkten Finanzierungen (Private Equity), Immobilieninvestments, New Energy (Wind-, Sonnenenergie und Biogas) sowie Cash (Festgeld, Geldmarkttiteln und Corporate Cash Fonds) konzeptioniert und vertreibt.

### **40. CORPORATE GOVERNANCE**

Vorstand und Aufsichtsrat haben die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung zum Corporate Governance Kodex abgegeben und den Aktionären unter [www.bhe-ag.de](http://www.bhe-ag.de) dauerhaft zugänglich gemacht.

Hamburg, den 26. März 2013

Holger Stabernack

## ■ Bestätigungsvermerk des Konzernabschlussprüfers

Wir haben den von der BHE Finanz AG (vormals BHE Beteiligungs-Aktiengesellschaft), Hamburg, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Regelungen der Satzung liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir darauf hin, dass der Fortbestand der Gesellschaft in hohem Maße davon abhängt, dass die geplanten Erlöse aus dem neuen Geschäftsmodell erfolgreich realisiert werden. Wir verweisen diesbezüglich auch auf die Angaben im Lagebericht im Abschnitt Prognosebericht.

Hamburg, den 22. April 2013

RBS RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

Dirk Jessen  
Wirtschaftsprüfer

Stephan Harzer  
Wirtschaftsprüfer



**■ IMPRESSUM****BHE FINANZ AG**

Große Elbstraße 45  
22767 Hamburg  
T +49 (40) 696 528-350  
F +49 (40) 696 528-359  
www.bhe-ag.de  
info@bhe-ag.de

**VORSTAND:**

Holger Stabernack

**AUFSICHTSRATSVORSITZENDER:**

Emmerich G. Kretzenbacher

Amtsgericht Hamburg · HRB 124894  
USt-ID-Nummer. DE 114 12 92 71

**FINANZKALENDER**

Quartalszwischenmitteilung Q1 2012	Mai 2013
Hauptversammlung	August 2013
Halbjahresfinanzbericht 2012	August 2013
Quartalszwischenmitteilung Q3 2012	November 2013

Dieser Bericht beinhaltet zukunftsorientierte Angaben und Prognosen, basierend auf Annahmen und Schätzungen, welche durch das Management der BHE Beteiligungs-Aktiengesellschaft getroffen wurden. Während wir annehmen, dass die Erwartungen dieser zukunftsorientierten Angaben realistisch sind, können wir dennoch nicht garantieren, dass die Erwartungen realisiert werden. Die Annahmen können Risiken und Unsicherheiten bergen. Diese können zu tatsächlichen Ergebnissen führen, die von den prognostizierten Ergebnissen abweichen. Faktoren, die solche Abweichungen verursachen können, sind unter anderem Änderungen des ökonomischen und geschäftlichen Umfeldes oder Änderungen in der Unternehmensstrategie.